Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis monatlich 10,00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr, durch die Post bezogen 11,50 Mk. einschl. Bestell- und Bezugsgeld.
Einzelnummer 50 Pfg.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 60 Pfg., im Reklameteil 3,00 Mk., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V. Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlich 2 maligen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg" und „Amtsblatt für den Kreis Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 7 — Montag den 9. Januar 1922 — 48. Jahrg.

Das erste Resultat der Konferenz in Cannes: Die Aufbaukonferenz von Genua!

Die Verhandlungen in Cannes haben mit einer Überraschung begonnen. Nur daß diesmal die Überraschung darin bestand, daß trotz aller pessimistischen Artikel in Paris und London es keine Sensation gab, sondern der Verlauf bisher sozusagen programmatisch sich gestaltete. Lloyd George hat seinen alten Ruf als bewährter Taktiker wieder aufs beste begründet. Er hat eine Rede gehalten, in die nur einige wertvolle Gedanken eingestreut sind. Im übrigen bildete sie die Rekapitulierung aller Leitartikel der Pariser Boulevardspresse. Sie war offensichtlich für das Ohr der französischen Bevölkerung bestimmt. Aus diesem Grunde kann man sich auch eine Auseinandersetzung mit ihren Übertreibungen und Schiefheiten schenken. Für Deutschland liegt ihre Bedeutung darin, daß sie die Begründung einer Resolution war, deren Grundgedanken man auf das wärmste begrüßen muß. Diese Resolution, die die Einberufung einer großen internationalen Wirtschaftskonferenz für den März nach Genua vorsieht, kann nur wünschen und hoffen, daß in den Spezialberatungen die vernünftigen Gedanken dieser Entschließung nicht sabotiert werden. Die Resolution ist einstimmig angenommen worden, und damit ist zweifellos die Konferenz von Cannes bereits vor dem Schicksal bewahrt, rein negativ zu verlaufen.

Lloyd George hat in seiner Rede das aktuelle Problem der Stundung der nächsten Zahlungen gar nicht behandelt, und über das Reparationsproblem hat er in ziemlich allgemeinen Wendungen gesprochen. Er fordert, daß Deutschland bis zum Höchstgrade seiner Leistungsfähigkeit bezahlen müsse. Nachdem er so der französischen Stimmung eine Verbeugung gemacht hat, fährt er fort, daß Deutschland nicht in das Chaos gestürzt werden dürfte, in dem Rußland gegenwärtig liegt. Er rät zur Vorsicht und Mäßigung und beutet so ganz leise seine Stellung zu den aktuellen Fragen an. Aber dann ist er wieder auf die Einzelheiten der nächsten Zahlungen [illegible] [illegible] über den Plane der großen Europakonferenz gesprochen. Nun ist aber klar, daß eine solche Konferenz eine Atempause für Deutschland zur Voraussetzung hat. Wir können nicht im März über unsere spätere Zukunft verhandeln, wenn wir im Januar und Februar Gold zahlen sollen, das wir einfach nicht haben. Aber indem Lloyd George die Zustimmung der versammelten Mitglieder des Obersten Rates zu einem weitreichenden Zukunftsplan forderte, legte er sie gewissermaßen von vornherein dafür fest, nun auch in den nächsten Zahlungen Vorsicht und Mäßigung zu beweisen. Die ganze Weltkonferenz zur Wiederaufrichtung Ost- und Mitteleuropas verlöre ihren Sinn, wenn man vor ihrem Beginn zu Exekutionen und Sanktionen schritte, die das von Lloyd George befürchtete Chaos früher als erwartet hereinbrechen lassen müßten. Wenn man über die Zahlungsverpflichtungen Deutschlands für das Jahr 1922 beraten wird, dürfte allerdings Herr Briand noch einmal den Versuch unternehmen, an Geld und Garantien herauszuschlagen, was immer möglich ist. Es wäre falsch von Deutschland, anzunehmen, daß England in der Frage der Garantien weniger rücksichtslos sein wird als Frankreich, aber auch diese Garantien vermögen nicht die harten Wirtschaftsgesetze umzustoßen, die jetzt ihre Wirkung zeigen. Auch die schärfste Garantie bringt den Ententeländern nicht höhere Summen, wenn man nicht Vernunft beweist. In dieser Beziehung kann Deutschland sich darauf berufen, daß es bereits vorbeugend alles getan hat, um seine inneren Finanzen zu ordnen. Ob die Wege, die eingeschlagen wurden und die sich ziemlich eng an die Wünsche der Entente hielten, richtig gewesen sind, darf vielleicht noch bezweifelt werden und die deutsche Regierung wird gut daran tun, die innere Ordnung auch noch auf anderen Wegen als dem Wege der Tariferhöhungen zu suchen.

Die für die Konferenz von Genua vereinbarten Grundbedingungen richten sich zum großen Teile gegen Rußland, aber deutlich spürt man auch die Stellen heraus, die auf Deutschland gemünzt sind. Es gibt jedoch in der ganzen Entschließung keinen Satz, den Deutschland nicht unterschreiben könnte. Die Voraussetzung ist freilich, daß sich auch die Ententeländer an diese Grundsätze binden. Gerade wenn aus der Konferenz von Genua der weltwirtschaftliche Neuaufbau hervorgehen soll, wird es nötig sein, daß man mit der Klassifizierung der Völker bricht. Alle Teilnehmer müssen als gleichberechtigte Verhandlungsfaktoren behandelt werden, und ebenso wird es erforderlich sein, daß nicht die eine Seite versucht, die andere zum Ausbeutungsobjekt zu erniedrigen. Nach der Resolution soll jedes Land in der Regelung seiner Wirtschaft im Innern völlig frei sein. Man will nicht ein bestimmtes System zur Vorschrift machen. Hierbei handelt es sich offensichtlich um eine Konzession an Rußland. Aber Rußland soll das Privateigentum der auswärtigen Kapitalisten völlig sicherstellen. Es soll Rechtsgarantien für die unparteiische Ausführung aller Handels- und Staatsverträge leisten, und ebenso wird von ihm verlangt, daß es alle Schulden der früheren Regierungen anerkennt sowie die Eigentümer, die durch die Bolschewiesierung geschädigt wurden, entschädigt — sofern diese Ausländer waren. Nun ist der Frieden von Brest-Litowsk durch den Vertrag von Versailles annulliert worden, so daß auch die in Rußland geschädigten Deutschen Anspruch auf Entschädigungszahlungen erhielten. Es läßt sich nicht leugnen, daß Rußland mit der Übernahme dieser Verpflichtungen, besonders durch Anerkennung der alten Zarenschulden, eine außerordentlich drückende Last sich aufbürden würde. Sie ist in ihrem Umfang freilich nicht im entferntesten mit den Belastungen Deutschlands zu vergleichen. Aber diese Momente bedeuten immerhin für die Verwirklichung des großen Planes noch allerlei Schwierigkeiten. Im Interesse der Menschheit muß freilich gehofft werden, daß sie alle nicht unüberwindlich sind.

Die deutschen Delegierten werden am Mittwoch nach Cannes reisen.

Berlin, 9. Jan. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) An den zuständigen Stellen in Berlin rechnet man damit, daß die deutschen Delegierten am Mittwoch nach Cannes reisen werden. Die Einladung der Sachverständigen ist für die Regierung nicht überraschend gekommen. Rathenau hatte den Reichskanzler schon auf diese Möglichkeit hingewiesen, da ihm in Paris von englischer Seite nahegelegt worden war, sich für eine Reise nach Cannes bereit zu machen.

Einladung Lenins nach Genua.

Rom, 9. Jan. (Pr.-Telegr.) Die Agenzia Stefani meldet, infolge des Beschlusses des Obersten Rates in Cannes habe die italienische Regierung durch Vermittlung der russischen Wirtschaftsdelegation Lenin eingeladen, an der Konferenz, die in Genua stattfinden wird, teilzunehmen.

Amerika will auch nach Genua kommen.

Washington, 9. Jan. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Wie in hohen amtlichen Kreisen verlautet, sind die Vereinigten Staaten geneigt, die Einladung zur Teilnahme an der Konferenz in Genua im März in günstigem Sinne in Erwägung zu ziehen.

Frankreich wollte ein Defensivbündnis mit Einschluß Polens.

Paris, 9. Jan. (WTB.) Wie der Sonderberichterstatter des Echo de Paris meldet, haben Briand und seine Mitarbeiter in ihrer gestrigen Sitzung ein Defensivbündnis vorgeschlagen, daß sich auf Ostpreußen mit Einschluß Polens ausdehnen sollte. Lloyd George habe diesen Vorschlag für die Dominions als unannehmbar erklärt. Mit einigen Abänderungen sei man dann auf den Schutzvertrag vom 28. Juli 1919 zurückgekommen.

Eigenartige französische Truppenverschiebungen.

Basel, 9. Jan. (WTB.) In Straßburg sind gestern zwei französische Regimenter auf dem Wege nach dem besetzten Gebiet durchgekommen. Die Truppen waren feldmarschmäßig ausgerüstet und führten Artillerie mit sich.

England gegen die Verschleuderung der deutschen Reparationskohlen.

Paris, 9. Jan. (WTB.) Über die Frage des deutschen Kohlenpreises, wie er durch das Abkommen von Spa geregelt wurde, soll sich in Cannes eine eingehende Erörterung entspinnen. Die Engländer haben festgestellt, daß die Lieferung deutscher Kohle an Belgien, Frankreich und Italien zu den Inlandspreisen dieser Länder einen großen Schaden für die englischen Kohlenlieferungen bedeutet, denn die genannten drei Länder bekommen mehr Kohlen, als sie selbst verbrauchen können und verkaufen die Überschüsse der deutschen Kohlenlieferungen sofort weiter und zwar zu Preisen, gegenüber denen England nicht mehr konkurrenzfähig ist. Daraus erklärt sich, daß Englands Kohlenverkäufe gegenüber 1913 um rund 20 Millionen Tonnen zurückgegangen sind. Daher rührt auch die große Arbeitslosigkeit in den wichtigsten englischen Kohlengebieten. Mit diesem Zustande soll nunmehr in Cannes gebrochen werden. Es versteht sich von selbst, daß die französische Presse bereits jetzt, bevor noch eine Debatte über diese Frage eingeleitet worden ist, gegen diesen Plan Widerspruch erhebt.

Der neue französische Botschaftersekretär für Berlin.

Paris, 9. Jan. (WTB.) Havas meldet amtlich: Durch Erlaß vom 29. Dezember ist der Botschaftssekretär Dignen be St. Quentin mit den Funktionen eines Botschaftsrates in Berlin betraut worden.

Ein Bauernkönig in Ungarn.

Budapest, 9. Jan. Bei dem Bankett der Bauernpartei erinnerte der Präsident der Nationalversammlung Gaston Call, an die Wahl Mathias zum König von Ungarn, die durch eine aus Bauern rekrutierte Armee erzwungen wurde. Die Bauernpartei sei willens, eine große Armee aufzustellen, um die Politik des Ministerpräsidenten durchzuziehen. Die Ausführungen der anderen Redner bewegten sich auf der gleichen Linie. Im Verlauf des Banketts wurde auch der Gouverneur Horthy von den Bauern wiederholt lebhaft applaudiert.

In politischen Kreisen glaubt man, daß die Bauern gegebenenfalls entschlossen sind, um die Legitimistenpolitik ein für allemal zu erledigen, mit Gewalt ihren Kandidaten auf den Thron zu erheben. Ob Erzherzog Albrecht, der vom Grafen Bethlen unterstützt wird, der Bauernkönig wird, steht noch dahin. Im Lager der Bauern ist die Abneigung gegen jeden Habsburger sehr groß, nur die Bauern würden am liebsten Horthy zum König ausrufen.

In der Sonnabend-Nachmittagssitzung nahm der Ausschuß der Konferenz folgende Entschließung an:

Die auf der Konferenz vertretenen Mächte sind einstimmig der Ansicht, daß eine Wirtschafts- und Finanzkonferenz Anfang März einberufen werden soll, zu der alle europäischen Mächte eingeladen werden sollen. Sie sind der Ansicht, daß eine derartige Konferenz einen wirklichen und wesentlichen Fortschritt auf dem Wege zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas bildet. Sie sind ferner der Ansicht, daß die Premierminister der Nationen womöglich in Person dieser Konferenz beiwohnen sollen, damit den Anempfehlungen dieser letzteren so schnell wie möglich die Tat folgen kann. Die alliierten Mächte sind der Meinung, daß die

Wiederaufnahme des internationalen Handels in ganz Europa,

sowie die Entwicklung der Hilfsquellen aller Mächte notwendig sei, um die Menge der im Wirtschaftsleben Tätigen zu vergrößern und die Leiden, denen die Bevölkerung Europas ausgesetzt ist, zu vermindern. Eine gemeinsame Anstrengung der Kraft ist notwendig, um den europäischen Wirtschaftskörper die jetzt gelähmte Lebenskraft wiederzugeben. Diese Anstrengungen müssen die Beseitigung aller Hindernisse zum Gegenstand haben, die den Handel hemmen; sie müssen auch auf die Bewilligung von ausgedehnten Krediten an die schwächsten Länder ausgedehnt werden, ebenso auf die Zusammenarbeit aller zur Wiederherstellung des normalen Produktionslebens. Die alliierten Mächte sind der Ansicht, daß die unentbehrlichen

Grundbedingungen

in ihren großen Linien folgende sind:

1. Die Nationen dürfen nicht das Recht in Anspruch nehmen, sich gegenseitig die Grundsätze aufzuerlegen, nach denen sie die Fragen des Besitzes und der Wirtschaft regeln und die Regeln im Innern ihres Landes bestimmen wollen. Es ist jedem Lande das System zu lassen, das es bevorzugt.
2. Auf keinen Fall darf ausländisches Kapital nicht dazu benutzt werden, einem Lande Hilfe zu leisten, außer wenn die auswärtigen Eigentümer dieses Kapitals die Gewähr haben, daß ihre Güter und Rechtsansprüche geachtet werden, und daß der Gewinn aus ihren Unternehmungen ihnen gesichert ist.
3. Jedes Gefühl der Sicherheit kann wiederhergestellt werden, wenn die Nation (oder die Regierungen der Nationen), die ausländischen Kredit zu erachten wünscht, freiwillig folgende Verpflichtungen auf sich nimmt:
   a) alle Schulden und öffentlichen Verpflichtungen anzuerkennen, die von den Staaten, den Gemeinden und den anderen öffentlichen Körperschaften eingegangen sind, und die Verpflichtung anerkennen, inländische Interessenten für die Verluste und Schäden, die ihnen aus der Tatsache der Konfiszierung ihres Eigentums erwachsen sind, zu entschädigen oder ihnen das Eigentum wiederherzustellen;
   b) ein gesetzliches oder juristisches System einzurichten, durch das die unparteiische Ausführung der Handels- und sonstigen Verträge sichergestellt wird.
4. Die Nationen müssen über bequeme Austauschmittel verfügen. Allgemein gesprochen müssen bezüglich des Finanz- und Geldwesens Bedingungen bestehen, die dem Handel genügende Sicherheiten bieten.
5. Alle Nationen müssen sich verpflichten, von jeder Propaganda Abstand zu nehmen, die die Ordnung und das politische System eines anderen Landes benachteiligt.
6. Alle Länder müssen gemeinsam die Verpflichtung auf sich nehmen, von jedem Angriff auf ihre Nachbarn abzusehen.

Wenn zu diesem Zwecke die für die Entwicklung des Handels mit Rußland notwendigen Bedingungen gesichert sind und die russische Regierung ihre festere Anerkennung fordert, so können die alliierten Mächte diese Anerkennung nur aussprechen, wenn die russische Regierung die vorgenannten Verpflichtungen übernimmt.

Das zweite Ergebnis von Cannes: Ein Teilmoratorium für Deutschland!

Deutschland soll in Cannes gehört werden?

Einem Reuterbericht aus Cannes zufolge hat die Konferenz des Obersten Rates weiter am Sonnabend beschlossen, Deutschland für einen Teil der fälligen Zahlungen einen Aufschub zu gewähren, für den die Bedingungen noch festgesetzt werden sollen.

Es ist beschlossen, Deutschland eine Reduzierung der Zahlungen zu gewähren, Deutschland wird aber in London vorgeschlagen 500 Millionen Goldmark mindestens 800 Millionen im Jahre 1922 bezahlen. Die Sachverständigen beraten nach diesem Korrespondenten über drei Fragen:

1. Sollen die Verbündeten einen Abzug von der ganzen Schuldsumme machen?
2. Soll Deutschland einen Zahlungsaufschub erhalten, und wenn die Frage bejaht wird (was inzwischen geschehen ist. D. Red.), unter welchen Bedingungen?
3. Wie sollen die Barzahlungen und die Sachlieferungen verteilt werden?

Bei der Beratung dieser Punkte, die Dienstag oder Mittwoch erfolgen soll, steht der Korrespondent eine kritische Phase der Konferenz voraus. Amerika soll den Wunsch haben, sich von der Beratung über die Wiedergutmachungsfrage fern zu halten, was auch daraus hervorgeht, daß der amerikanische Delegierte bei der Reparationskommission, Boyden, nicht in Cannes weilt. Hingegen wird angenommen, daß Amerika großen Wert darauf legt, an der europäischen Konferenz in Genua teilzunehmen.

Die Einladung an Deutschland zur Entsendung von Vertretern

Berlin, 9. Jan. (WTB.) Gestern vormittag 11 Uhr wurde dem Reichskanzler als Minister des Auswärtigen durch die französische Botschaft folgendes Telegramm zur Kenntnis gebracht, das der Präsident des Obersten Rates an die französische Botschaft in Berlin zur Übermittelung an die deutsche Reichsregierung übersandt hat:

Der Oberste Rat wird ohne Zweifel das Bedürfnis haben, Ihre Vertreter in der nächsten Woche vom 8. bis 15. Januar zu hören. Um Zeit zu gewinnen, regen wir an, daß Ihre Vertreter sich nach Paris begeben und sich dort bereithalten, um unserem Rufe zu folgen. gez. Briand.

In einer längeren Besprechung, die sofort in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Reichskanzlers stattfand und bei der die Vertreter der beteiligten Ressorts und Dr. Rathenau anwesend waren, wurde der Stand der Reparationsverhandlungen erörtert. Montag nachmittag fand eine

Sitzung des Reichskabinetts

unter dem Vorsitz des Reichskanzlers statt, die sich mit der Reparationsfrage und insbesondere mit der Einladung des Obersten Rates beschäftigte. Es wurde beschlossen, der Einladung Folge zu leisten und eine Delegation zu entsenden, die unter der politischen Führung des Wiederaufbauministers a. D. Dr. Rathenau stehen wird. Zu der Delegation gehören Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium, Staatssekretär Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium, Staatssekretär a. D. Bergmann, Vorsitzender der Kriegslastenkommission, Staatssekretär Fischer, Ministerialdirektor Trendelenburg und Legationsrat Martius. Die Delegation wird bereits heute abreisen und sich zunächst nach Paris begeben, wo sie zur Verfügung des Obersten Rates stehen wird.

Die Fragen der Konferenz nach der deutschen Finanzlage.

Berlin, 9. Jan. Die Abreise der am Sonntag nachmittag vom Reichskabinett ernannten deutschen Delegation soll Montag nachmittag 2 Uhr erfolgen. Die Vertreter sind mit allen nötigen Vollmachten ausgerüstet, um auf jede an sie gestellte Frage Auskunft geben zu können. Es wird angenommen, daß die Delegierten über die Bedingungen der deutschen Finanzgebarung Auskunft erteilen werden. Die Fragen werden betreffen, Ein- und Ausfuhr, Wirtschafts-, Steuer- und Finanzfragen. Unter diesen Gesichtspunkten hat die Auswahl der Delegierten stattgefunden.

Die Klarlegung der einzelnen Budgets.

London, 9. Jan. Zu der Chefbesprechung beim Reichskanzler am Sonntag mittag wird gemeldet, daß Dr. Rathenau nochmals in großen Zügen über den Gang seiner bisherigen Pariser Besprechungen berichtete. Die Ressortvertreter gaben dann noch eingehenden Bericht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220109-14/fragment/page=0001

über den Stand der einzelnen Budgets und wie diese sich nach der Durchführung des neuen Steuerreform voraussichtlich gestalten werden.

Der Beschluß des Obersten Rats, die Deutschen nach Cannes einzuladen

geht, wie uns weiter ergänzend aus Paris berichtet wird, auf die englische Abordnung zurück. Robert Horne verwies in der gestrigen Sitzung der Konferenz darauf, daß man zu einer Entscheidung über die Zahlungen Deutschlands von 1922 nur gelangen könne, wenn die deutsche Regierung eingeladen würde. Delegierte nach Cannes zu entsenden. In der Abendsitzung legte Lloyd George dem Obersten Rat den formellen Antrag vor und Briand als Präsident des Obersten Rats erhielt den Auftrag, die deutsche Regierung einzuladen, Delegierte nach Paris zu entsenden, wo sie sich bereit halten sollen, nach Cannes zu kommen, sowie der Oberste Rat in der Reparationsfrage zu einem einstimmigen Beschluß gelangt, ein Vorbehalt, der auf Briand zurückzuführen ist. Man glaubt, daß die Deutschen erst Mittwoch oder Donnerstag nach Cannes berufen werden sollen.

Einigung in der Reparationsfrage ist noch nicht hergestellt.

Die Schwierigkeiten liegen hauptsächlich bei den Belgiern, die fordern, daß die Zahlungen Deutschlands für 1922 erhöht werden sollen. Heute erst wird von allen Seiten zugegeben, daß tatsächlich Ende Dezember 1921 zwischen Frankreich und England ein definitives Programm für die Reparationszahlungen für 1922 aufgestellt wurde. Es wird behauptet, daß die Initiative zu diesem Programm von Frankreich ausgegangen sei und daß es von Loucheur entworfen wurde. Bisher war nicht zugegeben worden, daß ein derartiges Abkommen schriftlich fixiert worden war. Nunmehr aber wird dessen Inhalt in allen Einzelheiten bekannt.

Das französisch-englische Abkommen von London

besteht aus neun Artikeln. Der erste Artikel sieht vor, daß 1922 von Deutschland nur 500 Millionen Goldmark gefordert werden sollen, eine Forderung, deren Erhöhung auf 800 Millionen von den Belgiern verlangt wird. Der zweite Artikel setzt die

Garantien

fest, die von Deutschland zu fordern sind: Erhöhung der Zölle in Gold, Einführung einer Kohlensteuer, Erhöhung der Eisenbahn-, Post- und Telegraphentarife, Verminderung des Banknotenumlaufs auf den Stand vom Dezember 1921, Kontrolle der Reichsbank, Aufnahme einer Anleihe bis zu einer Höhe, die die Herstellung des Gleichgewichts im Budget ermöglicht, Aufhebung der Subventionen und Unterstützungen für die Industrie, Kontrolle der Kapitalexportation. Die Durchführung aller dieser Maßnahmen soll Deutschland in bestimmten Fristen auferlegt werden. Eventuell sollen Zwangsmaßnahmen angewandt werden. Ferner hätte Deutschland außerdem die gesamte für 1922 durch das Londoner Ultimatum auferlegte Summe zu bezahlen, während im Dezember 1921 zwischen England und Frankreich über alle diese Punkte des Artikels zwar ein Einvernehmen erzielt wurde, kommt dies wegen der vorgesehenen Zwangsmaßnahmen nicht mehr in Frage, denn England steht auf dem Standpunkt, daß die Periode der Druckmittel und der Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland endgültig vorbei sein müßte.

Artikel 3 bewilligt

ein Moratorium für alle Summen,

die 500 Millionen Goldmark übersteigen. Artikel 4 beschränkt die Materiallieferungen für Frankreich gemäß dem Wiesbadener Abkommen auf 1¼ Milliarde für 1922 und auf dieselbe Summe für 1923 und 1924. Artikel 5 beschränkt die Materiallieferungen für die anderen Mächte auf 500 Millionen pro Jahr.

Artikel 6 setzt

die Ausgaben für die Besatzungstruppen

auf 200 Millionen Goldmark pro Jahr fest, die zwischen den Alliierten gemäß der Stärke ihrer Besatzungstruppen ausgezahlt werden. Nur England erhält für jeden Soldaten pro Tag 2 Goldmark mehr, als die anderen Mächte. Artikel 7 bestimmt, daß der Kohlenpreis gemäß den deutsch-französischen Abmachungen zu zahlen ist. Artikel 8 besagt, das Abkommen vom 18. August wird unter folgenden Bedingungen [illegible] Goldmark erhält Frankreich für Saargruben in Höhe von 150—200 Millionen Goldmark wird für 1922 gutgeschrieben. Was den Rest der ersten deutschen Goldmilliarde plus den 500 Millionen, die Deutschland 1922 zu zahlen haben wird, anlangt, so soll Belgien 700 Millionen, Italien 75 Millionen Goldmark bekommen. Um dazu zu gelangen, daß die erste deutsche Goldmilliarde plus den 500 Millionen für 1922 vereinigt werden können, verfiel man auf den Ausweg, daß man erklärt, daß das Reparationsjahr nicht am 1. Januar jeden Jahres, sondern am 1. Mai beginnen soll. Da Deutschland nach dem 1. Mai 1921 die Goldmilliarde zahlen muß, soll dann in den Reparationsjahren 1921 und 1922 der Betrag von 1½ Milliarden erreicht werden. Die restlichen 500 Millionen sollen vor dem 1. Mai gezahlt werden. Diese Abmachungen zwischen Frankreich und England erregen die erwähnten Widersprüche der Belgier. Man glaubt jedoch, daß es in den weiteren Verhandlungen gelingt, Belgien zu einem leichten Opfer zu bewegen, wogegen aber von Deutschland eine höhere Summe als 500 Millionen, etwa 700—800 Millionen, gefordert werden soll.

England bietet Frankreich militärische Sicherungen.

Paris, 9. Jan. Havas verbreitet folgende aus London datierte Meldung: Wie aus Cannes berichtet wird, haben zwischen Lloyd George und Briand Besprechungen über ein englisch-französisches Abkommen zur Sicherung des europäischen Friedens, begonnen, durch das Frankreich für den Fall eines deutschen Angriffes der militärische Beistand Englands in Aussicht gestellt wird.

England zögert, mit Frankreich weitere Bedingungen einzugehen.

Paris, 9. Jan. Wie der Sonderberichterstatter des „Intransigeant" aus Cannes mel det, ergeben sich bei den Verhandlungen über einen französisch-englischen Defensivvertrag, über die eine Havasmeldung aus London berichtet, Schwierigkeiten. Man dürfe sich in Frankreich keinem übertriebenen Optimismus hingeben.

Frankreich klammert sich an den Vertrag von Versailles.

Paris, 9. Jan. Nach einer Havasmeldung aus Rom hat Briand in einer Unterredung, die er dem Chefredakteur des „Popolo d'Italia" gewährt hat, gesagt: Frankreich sei entschlossen, um jeden Preis im Rahmen der Durchführung des Friedensvertrages zu bleiben. Der Vertrag von Versailles sei nicht vollkommen, aber er stelle doch etwas dar, während das, was im übrigen geboten werde, nur ein unbestimmtes Projekt sei. Der Friedensvertrag sei etwas Wirkliches, der Rest vielleicht nur eine Chimäre.

Einigkeit über die Verminderungen der deutschen Bezahlungen.

Paris, 9. Jan. Der Sonderberichterstatter des „Agence Havas" meldet aus Cannes, daß die Finanzsachverständigen heute vormittag eine Sitzung abgehalten haben. Im Laufe des Nachmittags werde sich hieran eine Zusammenkunft der mit der Reparationsfrage besonders befaßten Minister anschließen. Anscheinend seien jetzt alle Delegierten für eine Herabsetzung der von Deutschland für das Jahr 1922 geforderten Barzahlung auf 700 Millionen Goldmark. Stritig sei im Augenblick noch deren Verteilung unter den beteiligten Ländern. Wie der Sonderberichterstatter des „Temps" aus Cannes meldet, wird bis Montag abend im Obersten Rat ein Einvernehmen über die Reparationszahlungen im Jahre 1922 erzielt sein. Die deutschen Delegierten würden am Dienstag benachrichtigt werden und am Mittwoch in Cannes sein. Die Verhandlungen werden sich auf zwei Tage erstrecken, worauf die Konferenz am Freitag auseinandergehen würde.

Loucheur sieht ein, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann.

Paris, 9. Jan. Der Sonderberichterstatter des „Intransigeant" in Cannes berichtet, Loucheur habe gestern abend erklärt, niemand hätte noch den Beweis des Krieges verursachen können, daß ein Chaos entstehen würde, wie es heute festzustellen sei. Die Beeinträchtigung des Handels nach dem Kriege sei schrecklich. Der gesamte Umfang des Ausfuhrverlustes habe sich beunruhigenderweise vermindert. Auch Deutschland sei unter den Völkern, die in ihrem Handel beeinträchtigt seien. Man dürfe sich also nicht wundern, daß das Deutsche Reich seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann, wie man im Jahre 1919 von ihm gefordert habe. Minister Loucheur habe hinzugefügt, Frankreich brauche die Reparationszahlungen, es solle und es werde sie haben. Der Berichterstatter bemerkt, es scheine en priori schwierig, diese beiden Erklärungen miteinander in Einklang zu bringen.

Politische Uebersicht.

Verhandlungsmüdigkeit in Washington!

Paris, 9. Jan. Aus Washington wird gemeldet: In der Marinekommission zu Washington erklärte Balfour vorgestern, er glaube nicht, daß eine Prüfung der Bestimmungen für die Kriegsführung von der gegenwärtigen Konferenz in nützlicher Weise durchgeführt werden könne. Balfour fügte hinzu, daß er nicht autorisiert sei, sich an einer derartigen Debatte zu beteiligen. In Washington erfährt man, daß die englische Abordnung ihre Teilnahme an der Konferenz als beendet ansehe.

Mißerfolg der Luftabrüstung.

Paris, 9. Jan. Aus Washington wird gemeldet: Die Untersuchungskommission, die in Washington die Einschränkung der Rüstungen für Luftfahrzeuge zu studieren hat, erklärte in ihrem Bericht, es sei unmöglich, die Größenverhältnisse und den allgemeinen Charakter der Luftfahrzeuge genau zu definieren. Sie glaubt, daß die Frage der Einschränkung der Luftfahrzeuge in Kriegszeiten den Gegenstand einer neuen Konferenz bilden müsse.

Gegen giftige Gase.

Paris, 9. Jan. In der heutigen Sitzung der Marinekommission Italien wird diesem Vorschlag sofort zustimmen. Die anderen Delegierten behalten sich ihre Entscheidung vor, weil die Frage eingehend erörtert werden müßte. — Die Marinekommission hat eine neue Resolution Roots angenommen, wonach jeder Kommandant eines Unterseebootes und jeder Marineoffizier, der für schuldig erkannt wird, das Marinegesetz im Kriege verletzt zu haben, wegen Seeräuberei angeklagt werden soll.

Vor dem Ende der Abrüstungskonferenz.

Paris, 9. Jan. Der Abschluß der Abrüstungskonferenz steht vor der Tür. Man machte China das Zugeständnis, daß es 5prozentige Zölle einführen dürfe, die tatsächlich bereits in Kraft sind, aber wegen des Valutaunterschiedes in Wirklichkeit sich nur auf 3½ Prozent belaufen. Eine weitere Erhöhung der Zollsätze auf 7½ Prozent ist in Aussicht genommen. Die Konferenz einigte sich ferner dahin, daß eine Kommission von Botschaftern und Gesandten der acht in Washington vertretenen Mächte die Frage der Beibehaltung oder Zurückziehung der ausländischen Truppen in China regeln soll. Balfour gab bereits das Versprechen, daß er das Abkommen ohne alle Vorbehalte für England annehmen werde.

*

Annahme des englisch-irischen Abkommens durch Irland.

London, 9. Jan. Das Dail Eireann hat das irische Abkommen mit 64 gegen 57 Stimmen angenommen.

Über die beiden gestrigen Sitzungen des irischen Parlaments wird noch berichtet, daß die Sitzung vormittags anderthalb Stunden dauerte, wobei der Bericht der Neunerkommission verlesen wurde. In diesem Bericht heißt es, daß er unmöglich sei, einen Bruch der Partei zu vermeiden. Um 3 Uhr nachmittags begann die zweite Sitzung. de Valera erklärte: „Ich verlasse meinen Posten als Präsident. Das Parlament soll einen neuen Leiter der Republik wählen. Ich habe die Absicht, mich neuerdings zur Wahl zu stellen. Wenn ich wiedergewählt werde, will ich mich durchaus an die Grundsätze vom Jahre 1916 halten, aber das neue Ministerium muß meine Anschauungen teilen." Griffith forderte die Abstimmung über den Vertrag mit England.

*

Vom karelischen Kriegsschauplatz.

Helsingfors, 9. Jan. Beim Herannahen der Schutzgarde von Ilomantsi zogen sich die Bolschewisten am Sonnabend über die Grenze zurück. Die Schutzgarde besetzte den Grenzort. Die Lage der Karelier nördlich von Porajarvi hat sich befestigt. Sie stehen in Berührung mit dem Feinde. Schneefall erschwert die Operationen.

*

Belagerungszustand über ganz Ägypten.

Rotterdam, 4. Jan. Die „Morning Post" meldet aus Kairo, daß der Belagerungszustand auf ganz Ägypten ausgedehnt wurde. In Kairo herrscht Ruhe. In Port Said sind 13 000 Marinetruppen gelandet. In der Provinz haben sich Banden gebildet, die die Zugänge zum Suezkanal bedrohen.

Provinz und Nachbarländer.

Streik in den Erfurter Malzfabriken.

Erfurt, 9. Jan. In den drei Erfurter Malzfabriken sind am Freitag früh die Arbeiter in den Streik getreten. Wie wir erfahren, hatten die Arbeiter neue Lohnforderungen gestellt. Darauf wollten die Fabriken den Betrieb einschränken. Um dieser Maßnahme zuvorzukommen, blieben die Arbeiter am Freitag früh von der Arbeit weg. Um die Notstandsarbeiten verrichten zu können, wurde am Samstag mittag die Technische Nothilfe eingesetzt.

Ein Automobil durch Zusammenstoß mit einer Straßenbahn zertrümmert.

Erfurt, 9. Jan. Sonnabend nachmittag prallte an der Ecke der Wilhelm- und Walkmühlenstraße ein Erfurter Privatautomobil mit einem Wagen der elektrischen Straßenbahn derart zusammen, daß es vollständig zertrümmert wurde. Der Besitzer des Kraftwagens, Kaufmann Hugo Merseburg, sowie ein Herr Gläser aus Schmitera und eine Erfurter Dame wurden schwer verletzt.

Verhaftung der Weimarer Lustbandiebe.

Weimar, 9. Jan. Wie bereits aus Jena gemeldet, ist es der Polizei endlich gelungen, die Diebe festzunehmen, die seinerzeit im Lustschloß eine Reihe wertvoller Gegenstände raubten. Die Verhafteten, zwei Brüder, behaupten zwar, die in ihrem Besitz befindlichen, zu dem Diebesgut gehörenden Sachen „gefunden" zu haben. Der jüngere der Brüder hat aber in Jena versucht, den großen Diamanten mit dem schwarzen Fleck und fünf andere zu verkaufen. Es wurden ihm dafür 6000 M geboten, doch nur 2000 M ausgezahlt. Den Rest des Geldes sollte er später holen. Vorher aber mischte sich die Jenaer Polizei ein und zu gleicher Zeit gelang in Weimar die Festnahme des älteren Bruders.

Die Stromversorgung des Staßfurter Bezirks.

Staßfurt, 9. Jan. Am 18. Dezember hatte, wie berichtet, ein Wirbelsturm die beiden Kühltürme des Kraftwerkes in Preußisch-Börnecke umgestürzt, so daß die Stromlieferung für den Staßfurt-Leopoldshaller Bezirk zunächst unterbrochen war. Seitdem hat der hiesige Bezirk durch Ersatzstrom beliefert werden müssen, was aber nicht hinderte, daß zahlreiche Unterbrechungen in der Stromversorgung eintraten. In nächster Zeit werden nun die Staßfurter Licht- und Kraftwerke, die bisher von Preußisch-Börnecke Strom bezogen, an das Fernwerk Egeln-Bitterfeld angeschlossen werden. Sie werden von dort 3000 PS erhalten, die dann bei dem hiesigen Werk auf 15 000 Volt umgeformt werden. Für diese Spannung sind die hiesigen Verbraucher eingerichtet. Des weiteren soll dann ein Anschluß an die Überlandzentrale im Offzberg mit dem Sitz in Nachterstedt und der Umformstelle Ullnitz erreicht werden, so daß beim Versagen des einen Werkes das andere in Anspruch genommen werden kann. Das Kraftwerk in Preußisch-Börnecke bleibt in beschränktem Maße außerdem noch bestehen.

Wieder ein Brand in der Dresdener chemischen Industrie.

Coswig b. Dresden, 9. Jan. In Coswig bei Dresden geriet in einem der drei Siedegebäude der chemischen Fabrik Karl Tiedemann ein eingemauerter Kessel mit Leinöl durch Überhitzung in Brand, so daß das Gebäude zum guten Teil niederbrannte. Zahlreiche Feuerwehren aus Dresden und den einzelnen Ortschaften löschten den Brand nach mehreren Stunden. Das ist nun in kurzer Zeit der dritte Brand dieses chemischen Industrieviertels. Nach jeder größeren Explosion wird verschärft, daß für die Zukunft Sicherungsmaßregeln ergriffen werden seien.

Banknotenfälscher in Gotha.

Gotha, 9. Jan. Unter dem Verdacht, Banknoten gefälscht bezw. gefälschte vertrieben zu haben, wurden in den letzten Tagen mehrere nach der Revolution hier erschienene Leute ostgalizischer Herkunft festgenommen. Auch einige Bewohner unserer Stadt sollen in die Sache verwickelt sein.

In der Redaktionsstube.

Vormittags 11 Uhr. Die Tür geht schon wieder: Der siebenunddreißigste Besuch. Ein Mann geht schnurstracks auf den Schreibtisch los. Man sieht, er protestiert.

„Womit kann ich dienen?"

„Ich möchte die Zeitung abbestellen!"

„Gefällt Sie Ihnen nicht mehr?"

„Das gerade nicht . . . Sie ist mir zu teuer!"

„Aber es wird doch alles teurer, denken Sie allein an die Papierrechnungen so jeden Monat!"

„Alles was recht ist, elf Mark sind mir zu viel."

„Sagen Sie mal, Herr Nachbar, wenn ich recht berichtet bin, haben Sie neben der Profession doch eine kleine Wirtschaft?"

„Na ja, ein paar Morgen Land und zu Hause ein Dutzend Hühner! Wenn Sie das eine Wirtschaft nennen!"

„Ich will Ihnen einen Vorschlag machen. Ich lasse Ihnen die Zeitung zum Friedenspreis."

„Da bin ich gerne dabei — —"

„Und da sie zu Selbstversorger sind, bezahlen Sie in Eiern."

Der Nachbar stutzt. Es ist ganz einfach, Sie liefern mir jeden Monat zehn Eier und kriegen dafür die Zeitung frei ins Haus. Zehn Eier sind nämlich gerade der Friedenspreis!"

„Halt einmal, Herr Redakteur, so schnell schießen die Preußen nicht! Ein Ei kostet drei Mark und fünfzig Pfennige, ich kann Ihnen doch nicht fünfunddreißig Mark Abonnementsgeld bezahlen!"

„Ja, ich sagte ja, den Friedenswert!" (Der Nachbar überlegt.) „Bedenken Sie einmal, was Sie für elf Mark im Monat heute kaufen können! Sie gehen doch manchmal abends aus?"

„Das ist auch weniger geworden!"

„Nichts für ungut, einmal in der Woche sitzen Sie doch abends in der „Alten Post!" Wie weit kommen Sie denn da mit elf Mark, wenn Sie noch dazu im Skat Pech haben? Rechnen Sie einmal nach!"

Der Nachbar nach einigem Zögern: „Ich will's mir noch mal überlegen. Schicken Sie das Blatt einstweilen weiter!" y.

*

Spaziergänge eines Arztes.

Die kalte Wohnung. — Gelbe Rüben und Spinat. — Zucker und Mathematik. — Das Abiturium als Zuckerprobugent. — U. a. m.)

Die Gemütlichkeit einer wohldurchwärmten Wohnung ist seit Jahren schon für die meisten Menschen nur mehr eine Erinnerung an angenehmere Zeiten geworden. Zuerst war die Kohle selten wie irgend eine andere Kostbarkeit geworden, urd jetzt, da man sie eher bekommen könnte, reicht das Geld nicht aus, um sie zu bezahlen. So sitzt man drinnen in der kalten Wohnung und drängt sich in ein Zimmer zusammen, in das ein eiserner Ofen und die Anwesenheit der ganzen Familie ein bißchen Wärme bringen. Auch die Mieter von Häusern mit Zentralheizungen haben viel zu klagen. Bald funktioniert die Heizung nicht, bald funktioniert sie doppelt und dreifach, und es ist dann noch ärger. Hat man es aber im allgemeinen auf 13 oder gar 14 Grad gebracht, dann ist man sehr befriedigt und gesteht sich nicht ein, daß einem trotzdem eigentlich noch kalt ist. Und gar erst der Schlafraum. Hier wird meistens überhaupt nicht geheizt. In kalten Zimmer zu schlafen, findet man jetzt allgemein gesund — aus der Not wird eine Tugend gemacht. Die Techniker, denen ihre frierenden Mitmenschen leid tun, erfinden ja einigemale im Jahre etwas, um die Heizungsfrage zu lösen, aber all die verschiedenen Versuche sind doch nicht gerechnet. Das Heizproblem restlos zu beseitigen. Daß eine genügend erwärmte Wohnung nicht nur Voraussetzung für eine gemütliche Behausung, sondern auch Bedingung für das Wohlbefinden und die Erhaltung der Gesundheit ist, sehen auch jene ein, die den kalten Schlafzimmern schwärmen und die die Frostbeulen ignorieren, die sie sich zu Hause bei der Schreibtischarbeit geholt haben. Vor kurzem wurde der Nachweis erbracht, daß die Sterblichkeitsziffer der Säuglinge in den letzten drei Jahren auffallend hoch war. Diese hohe Sterblichkeit wäre an sich noch erklärbar gewesen, wenn sie sich vor allem in den Sommermonaten bemerkbar gemacht hätte. Der Anstieg der Säuglingssterblichkeit im Sommer ist ja bekannt. Er ist durch den schädigenden Einfluß der Hitze auf die Verdauungsorgane des Kindes hervorgerufen. Aber in den letzten drei Jahren nahm die Sterblichkeit besonders im Winter zu.

Dr. Silbergleit, der die Sterblichkeitsdaten für die Stadt Berlin berechnete, führt dies darauf zurück, daß in vielen Fällen die für die Erhaltung gerade schwächlicher Säuglinge unbedingt notwendige Erwärmung der Wohnräume fehle. Aber nicht nur Säuglinge und schwächliche Kinder, auch alte Leute, die ja ähnlich diesen ein großes Wärmebedürfnis haben, sind ein Opfer der Kohlennot geworden, aber auch Personen jenen Alters mit geschwächter Gesundheit, besonders Tuberkulose, sind vielfach an den Folgen der kalten Wohnung zugrunde gegangen. Die Hygiene erfordert, daß die Temperatur eines Wohnraumes nicht über 19 Grad, aber nicht unter 16 Grad Celsius ist, daß diese Temperatur gleichmäßig im Zimmer vorhanden ist und daß auch die Schlafräume nachts nicht allzusehr auskühlen. Um Brennmaterial zu erparen, verzichtet man am liebsten. Gewiß, man braucht nicht, wie dies zuweilen geschieht, im Winter eine Stunde lang zu lüften. Aber eine Luftzirkulation und Lufterneuerung ist nötig, da von ihr das Wohlbefinden der in einem geschlossenen Raume sich aufhaltenden Personen abhängt.

*

Man weiß, daß bei der Ernährung des kleinen Kindes Gemüse eine sehr wichtige Rolle spielen. Gelbe Rüben und Spinat werden dabei mit Vorliebe gegeben und meist auch ganz gern von den Kindern genommen. Eine gewisse Vorsicht ist aber auch dabei notwendig, und besonders empfiehlt es sich, nicht allzulange dasselbe Gemüse zu geben. In der letzten Zeit wurde nämlich auf Fälle von Gelbsucht bei Kindern aufmerksam gemacht, als deren Ursache nach langem Suchen der Genuß von gelben Rüben gefunden wurde. Diese Kinder hatten sehr lange viel Karotten erhalten, und aus diesen hatte sich ein gelber Farbstoff in die Haut der Kinder eingetragen. Man hat dann diesen und andere Farbstoffe, so die des Eidotters, der Butter usw. experimentell und chemisch untersucht. Ein ähnliches Vorkommnis, nur in „Grün", wurde in einem Berliner Kinderspital beobachtet. Es handelte sich um ein zirka ein Jahr altes, sehr gut entwickeltes Mädchen, das seit mehreren Monaten als Gemüse ausschließlich Spinat erhalten hatte, da es andere Gemüsesorten schlecht zu vertragen schien. Seit einigen Wochen bemerkte man nun eine gelbgrüne Verfärbung des Gesichtes, besonders der Nase und der Stirn und der Hände. Jeder, der das Kind zum erstenmal sah, mußte unwillkürlich lachen, da die hellgrün schimmernde Nase in dem mehr gelbgrün gefärbten Gesichtchen einen ungemein komischen Anblick bot. Nachdem man den Spinat aus dem Menü des Kindes gestrichen hatte, verschwand die Grünfärbung allmählich. Für diese Art von Gelb- und Grünsucht ist zugleich mit der Nahrung aber auch das Licht verantwortlich. Denn es zeigt sich, daß die Färbungen nur an jenen Stellen des Körpers auftreten, die dem Lichte ausgesetzt sind. Dr. Doflinger, der den grünen Fall mitteilt, versuchte auch rote Fälle zu erzielen, indem er kleinkindern geschälte junge Radieschen gab, die von allen Kindern gern genommen und anstandslos vertragen werden. Aber er mußte dieses Experiment bald aufgeben, da junge Radieschen — zu teuer sind. — — —

*

Daß Prüfungen, namentlich wenn es sich um für das weitere Leben wichtig erachtete Examina, wie etwa das Abitur oder das Doktorexamen, handelt, nicht nur seelische, sondern auch körperliche Veränderungen bei den gestellten und geängstigten Kandidaten hervorrufen können, ist bekannt. Von Schweißausbrüchen bis zu Übelkeiten, an denen Magen und Darm oft lebhaft partizipieren, gibt es verschiedene Übergänge. Blässe und Röte, Herzklopfen, kurz alles mögliche stellt sich ein. Über eine interessante, in dieses Gebiet einschlagende Beobachtung berichten zwei finnländische Ärzte aus Helsingfors. Sie haben Abiturienten genau untersucht. Analysen vorgenommen und dabei gefunden, daß bei 58 Prozent der Kandidaten Zucker nachzuweisen war; der Zucker war während der schriftlichen Prüfungen vorhanden, namentlich in den ersten Tagen, um nach dem überstandenen Examen wieder zu verschwinden. Hervorzuheben ist, daß in der Mehrzahl der Fälle die Zuckerausscheidung im Zusammenhang mit der Prüfung in Mathematik aufgetreten ist. Und so könnte man bemach sagen, wenn sich auch zahlreicher Widerspruch einstellen sollte: „Na — das Abitur ist doch eine süße Zeit!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220109-14/fragment/page=0002

Merseburg und Umgegend.

9. Januar.

Neuansiedlung großer Industrien.

Wie wir aus industriellen Kreisen erfahren, laufen seit längerer Zeit Gerüchte um über die weitere Ansiedlung von Werken der Schwerindustrie in unserer Gegend. Der Siegen-Solinger Gußstahlverein Solingen, der schon vor längerer Zeit die Stahlgießerei von Kunsch in Frankleben erworben hat, plant den umfangreichen Ausbau des Frankleberner Werkes zu einer Elektro-Stahlgewinnungsanlage. Ebenso hat der Gelsenkirchener Bergwerksverein, der schon das Plötzer Steinkohlenbergwerk seit einiger Zeit betreibt, bei Könnern Gelände zum Bau umfangreicher Werkanlagen erworben, und des ferneren soll die Gräflich Schaffgotsche Verwaltung, die in den zu Polen geschlagenen Teile Oberschlesiens Hüttenwerke besitzt, Gelände gesichert haben.

Wir sind von der Notwendigkeit überzeugt, für die deutsche Industrie neue Grundlagen zu suchen. Soll die deutsche Industrie unserem Volke liefern, was es zu seinem Bestehen braucht, so muß sie Ersatz finden für die Grundlagen ihres Schaffens, die sie in den Grenzgebieten verloren hat. Unser mittteldeutsches Braunkohlengebiet mit seinen Bodenschätzen und seinen günstigen Verkehrsverhältnissen muß und wird ein Industriezentrum werden. Frei von aller Sentimentalität und romantischer Schwärmerei müssen wir dieser Notwendigkeit ins Auge sehen. Was uns aber bei dieser Umgestaltung unseres Wirtschaftslebens mit größter Sorge erfüllt, sind die Wohnungsverhältnisse. Schon jetzt ist das Wohnungselend in unserer Gegend grauenhaft. Wir selbst haben oft genug erschütternde Bilder davon gebracht, mit kinderreichen Müttern bei Lichtenhainer Oefen nur kurzer Zeit die Gemüter aufgerüttelt, und auf der letzten Versammlung der hiesigen Bodenreformer haben sich alle die großen Schwierigkeiten mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt. Es ist ein schlechter Trost, wenn gesagt wird: „Die Wohnungsnot ist nur eine Übergangserscheinung.“ Wer selbst mit Frau und Kindern obdachlos dasteht und in kümmerlichen Notwohnungen unterkommen muß, wer täglich in überfüllten Arbeiterzügen stundenlang fahren muß, der vermünscht diese „Übergangserscheinung“ von ganzem Herzen. Was soll werden, wenn jetzt neu Tausende von Arbeitern in unsere Gegend geworfen werden?

Wir schlagen vor und fordern alle Dienststellen, die es angeht, auf: Ehe den neuen Werken die Erlaubnis zur Neuansiedlung gegeben wird, müssen sie ausreichende Mittel zum Bau dauernder Wohnungen in genügender Zahl zur Verfügung stellen. Gleichzeitig mit dem Bau der industriellen Anlagen muß mit dem Bau der Wohnungen begonnen werden. Es geht nicht mehr an, Scharen von Arbeitern zusammenzuziehen und es dann dem einzelnen zu überlassen, sich selbst einen Unterschlupf zu suchen.

*

** **Ein plötzlicher Witterungsumschlag** hat uns nach dem schönen, allerdings empfindlich kalten Wetter des Sonntags Tauwetter gebracht. So schön der blaue Himmel bei heiterem Wetter ist und wenn es warm die Luft uns umschmeichelt, willkommen wäre doch ein kälteres Wetter, da die Grippe wieder beträchtlichen Umfang gewinnt.

** **Handelskammerwahl.** Im Anzeigenteile der heutigen Zeitung veröffentlicht die Handelskammer Halle die Ergebnisse der letzten Handelskammerwahlen in Merseburg. Danach sind gewählt in der Gruppe Industrie, Bergbau und Großhandel Stadtrat Dietrich und Direktor Ebert, beide in Weißenfels, in der Gruppe Kleinhandel Kaufmann Otto Dobkowitz in Merseburg.

** **Der Beginn der Schonzeit für Birk-, Hasel- und Fasanenhennen** ist laut Bekanntmachung im heutigen Amtsblatt auf den 18. Januar festgesetzt worden.

** **Kein Gas!** Im städtischen Gaswerk sind die in Aussicht gestellten Kohlenlieferungen ausgeblieben so daß heute in den Vormittagsstunden die Gasabgabe eingestellt wurde. Da uns vorher keinerlei Nachricht von einem etwaigen Versagen der Gaszufuhr zugekommen war, konnten wir nicht frühzeitig genug unseren technischen Betrieb umstellen. Eine Verzögerung der Arbeit und eine Einschränkung im Stoff ließen sich nicht mehr vermeiden. Aus diesen Ursachen mußte heute ein Teil der örtlichen Nachrichten, u. a. auch der Sportbericht wegbleiben. — Wie aus dem amtlichen Teil ersichtlich, hat der Magistrat Gassperrstunden eingerichtet. Gas kann daraufhin bis auf weiteres nur abgegeben werden in der Zeit von 5—11 Uhr abends und 5—8 Uhr morgens. Die Gasverbraucher werden in ihrem eigenen Interesse darauf hingewiesen, während der Sperrstunden die Gasbähne geschlossen zu halten.

** **Der Stenographen-Verein Gabelsberger** hielt gestern abend in seinem Vereinslokal „Reichskanzler“ seine Jahreshauptversammlung ab. Nach dem Jahresbericht des 1. Vorsitzenden Demme kann der Verein auf ein arbeitsreiches Jahr zurückblicken. Vier Kurse wurden abgehalten: zwei von Herrn Brown, einer von Herrn Kreuzer und einer von Herrn Thielke. Da der Verein kein Vergnügungsverein ist, hat er nur die notwendigsten Vergnügen abgehalten: Stiftungsfest und Sommerfeier. Ausführlich besprach der Vorsitzende das Verhältnis seines Vereins zu Stolze-Schrey. Durch eine Zeitungsfehde wurde das sonst gute Einvernehmen getrübt. Dabei soll Stolze-Schrey in der Kampfesweise nicht ganz ehrlich gewesen sein. Es wurde in den Zeitungsberichten, die der Verein Stolze-Schrey veröffentlicht, Behauptungen aufgestellt, die der Sachlage nicht entsprachen. (Prüfung in Dresden, Stenographielehrerprüfung.) Für ein ersprießliches Arbeiten ist es zu begrüßen, daß endlich nun der Begriff Einheitssystem zur Wahrheit werden soll. Das Einheitssystem ist wesentlich auf das System Gabelsberger aufgebaut. Im Laufe des Jahres ist der Verein aus dem Bezirk Weißenfels ausgeschieden und hat sich dem Bezirk Halle angeschlossen. — Nach Verlesung des Kassenberichtes schritt man zur Neuwahl des Vorstandes. Es wurden wiedergewählt als 1. Vorsitzender Landesversicherungsinspektor Demme, als 2. Vorsitzender Büroassistent Brandt, als 1. Schriftführer Abteilungsleiter Braun, als Kassierer Buchhalter Thielke. Neugewählt wurde der 2. Schriftführer Röpner und der Bücherwart Kaufmann Meyerl. Nach Besprechung interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende um 11 Uhr die Versammlung. B. B.

** **Der Kaufmännische Verein „Saxonia“** hatte seine Mitglieder und Freunde am Sonnabend abend nach dem Neuen Schützenhaus zu einer Weihnachts-Nachfeier eingeladen. Der Besuch konnte als gut bezeichnet werden. Im Mittelpunkt des Abends standen zwei Theateraufführungen, deren erstere die größere Wirkung hinterließ. Es handelte sich um ein Weihnachtsstück, betitelt „Unterm Weihnachtsbaum“, das der Feder des Ehrenmitgliedes des Vereins, Herrn Hermann Selle, entstammt. Derselbe wirkte auch bei dieser Aufführung wie immer erfolgreich mit. Auch die übrigen Darsteller, insbesondere die Trägerin der Gesangseinlagen, gaben ihr Bestes. Der weitere Verlauf des Abends brachte die Aufführung des einaktigen Schwankes „Eine Überraschung mit Hindernissen“. Durch die gute Besetzung der einzelnen Rollen blieb der Lacherfolg nicht aus. Flotte Tanzweisen und eine Verlosung sorgten für weitere Abwechslung und einige gemütliche Stunden.

** **Naumann-Jugendbund.** Die jugendlichen Anhänger Naumanns werden zu einer wichtigen Besprechung eingeladen. Es handelt sich um die gefaßten Beschlüsse über die Gründungsversammlung. Dienstag, abends 8 Uhr, im „Herzog Christian“.

*

Wetterwarte.

B. W. am 10. 1. (Dienstag): Milderes, wechselnd bewölktes Wetter mit etwas Niederschläge. — 11. 1. (Mittwoch): Teilweise heiteres, vorwiegend trockenes, etwas kälteres Wetter.

Kunst — Literatur — Wissenschaft.

b **Stadttheater Halle.** Spielplan vom 10. bis 14. Januar. Dienstag 3½ Uhr „Dornröschen“; 7½ Uhr „Im weißen Rößl“. Mittwoch 3½ Uhr „Dornröschen“; 7½ Uhr „Die beiden Nachtigallen“. Donnerstag 3½ Uhr „Dornröschen“; 7½ Uhr „Tiefland“. Freitag 3½ Uhr „Dornröschen“. Sonnabend 3½ Uhr „Dornröschen“; 7½ Uhr „Traviata“.

Gerichtsverhandlungen.

⊥ **Schöffengericht Merseburg.** Zu dem am Freitag veröffentlichten Bericht wird uns von interessierter Seite geschrieben: Der Mühlenbesitzer Ernst Feit aus Meuschau wurde in letzter Schöffengerichtssitzung nicht freigesprochen wegen mangelnder Beweise, sondern da die Verhandlung ergeben hat, daß derselbe im August 1920 genau nach Vorschrift des Kommunalverbandes aus 2012 Ztr. Roggen 90% Mehl bei maximal 6% Mahl- und Lagerschwund und 4% Kleieabzug herzustellen hatte, außerdem 81½ Ztr. „Nachmehl“, Nichtstand vom Krankenmehl lt. Vorschrift des Komunals beizumischen hatte. Die noch überschießenden 40 Zentner sind Schwundverluste, die derselbe nach Vorschrift des Kommunalverbandes unter Aufsicht der Revision der Reichsgetreidestelle abgeliefert hat.

Vermischte Nachrichten.

* **Leiden einer schiffbrüchigen Mannschaft.** Über das schwere Schicksal einer schiffbrüchigen Mannschaft entrollte eine Verhandlung vor dem Lübecker Seeamt ein schauriges Bild. Der deutsche Segler Salama, Kapitän Holling, war am 26. September mit einer Ladung Bretter von Korsa in Finnland abgegangen. Kaum in die See gekommen, hatte er schwere Stürme zu bestehen, Wasser drang in den Raum, so daß ein Teil der Decladung über Bord geworfen werden mußte. Um 8 Uhr abends konnten die Pumpen das eindringende Wasser nicht mehr bewältigen, so daß man die gesamte Decklast über Bord werfen mußte. Dabei wurde der Schiffsjunge W. Bohnsack über Bord gespült und konnte trotz Zuwerfens eines Rettungsringes nicht gerettet werden. Kapitän Holling fand bald darauf in der Kajüte, in die er sich begeben hatte, um die Kleider zu wechseln, seinen Tod. Es war ihm infolge des inzwischen eingedrungenen Wassers nicht mehr möglich, die nach außen schlagende Tür zu öffnen. So mußte er ertrinken. Die noch übriggebliebene Mannschaft von drei Mann war inzwischen von eine Sturzsee über Bord gespült worden, rettete sich aber wieder auf das Wrack und band sich fest. Hilfe nahte in Gestalt eines finnischen Seglers und eines finnischen Dampfers. Die von den Schiffbrüchigen gegebenen Notsignale sind aber entweder nicht bemerkt oder nicht beobachtet worden. Drei Tage und drei Nächte trieb die Mannschaft auf dem Wrack ohne jegliche Nahrung. Der Schiffsjunge Behm nagte sich das Fleisch von der einen Hand, um den Hunger zu stillen und trank das fließende Blut gegen den Durst. Er starb, ehe ein deutscher Segler als Retter erschien, der die beiden jungen Mann namens Pierre Borna fand, der sich in einem Wurfer zollte den Rettern die gebührende Anerkennung für die unter großen Schwierigkeiten erfolgte Rettung. Der Segler Salama ist untergegangen.

* **Das Leben für eine Gastbaunzeche.** „Ich habe seit neun Tagen nichts gegessen und daher beschlossen, nach einem guten Diner zu sterben.“ So stand in einem Brief geschrieben, den man bei einem jungen Mann namens Pierre Borna fand, der sich in einem Pariser Restaurant erschoß. Er hatte den ganzen Tag über in dem Lokal gegessen und getrunken und sich alle Genüsse gestattet, die sein Herz begehrte. Da man ihn kannte und er in besseren Zeiten dort große Zechen gemacht hatte, so ließ man ihn ruhig gewähren, und erst gegen Abend überreichte ihm der Kellner die recht stattlich gewordene Rechnung. „Meine Rechnung?“, sagte er. „Da haben Sie meine Bezahlung“, und zog blitzschnell einen Revolver hervor, mit dem er sich durch einen Kopfschuß sofort tötete.

* **Die lustigen Gefangenen.** Die „München-Augsb. Abendztg.“ bringt sehr interessante Mitteilungen über das Leben der in bayerischen Festungen untergebrachten Räterepublikaner. Die Einkäufe unter ihnen ist nicht sehr groß. Im Kloster Ehrach und auf der Plassenburg bei Kulmbach in Oberfranken beschäftigen sich die Gefangenen mit Stiefeln, Prügeln und Messern, so daß die ihres Gebrauchs nicht mehr sicheren von den anderen abgesondert werden mußten. In Ansbach zwangen die Terroristen einen ihnen besonders Verhaßten, knieend Abbitte zu leisten, wobei er angespuckt wurde. In Lichtenau wurde ein Beschluß der Terroristen ausgehängt, daß der Verkehr mit arbeitswilligen Mitgefangenen und die Zusendung von Liebesgaben an solche zu unterbinden sei, bis sie sich wieder zum Nichtstun bekehrten. In St. Georgen wurden die Kruzifixe von den Wänden heruntergerissen und in Unratkübel gesteckt oder mit roten Fahnen zum Fenster hinausgehängt. In Eichstätt wurden die revolutionären Lieder zum Fenster hinausgesungen. Die Ankündigungen von Strafmaßnahmen wurden mit einem Schriftstück an den Vorstand zurückgewiesen und dieser Art sämtlich als Gemeinheit bezeichnet. Dabei verlangen die Terroristen als Ehrenbüßlinge geehrt zu werden. Ihre Bedienung müsse sich jederzeit in Rufnähe halten, beim Auftragen des Essens tadellose weiße Schürzen tragen, Oberaufseher und Aufseher hätten jederzeit Aufträge entgegenzunehmen und Einkäufe zweimal täglich zu erledigen. Beim Eintreten und Verlassen der Festungsstuben hätten sie die Gefangenen zu grüßen und vorher stets anzuklopfen. Die Forderung der Festungsgefangenen, in bayerischen Königsschlössern unterzubringen zu werden, ist sogar im Landtag von den Unabhängigen und Kommunisten wiederholt worden. Das schönste aber ist, daß Festungsgefangene, Abgeordnete in Bayern, immer noch ihre Landesdiäten, also Aufwandsgelder, gezahlt erhalten. Der Antrag auf Entziehung dieser Gebühren ist im November im Staatshaushaltsausschuß und im Plenum abgelehnt worden. In Niederschönenfeld wurde daraufhin aus solchen Geldern eine solenne Freudenbowle gebraut.

* **Der Alkohol in Amerika.** Aus Neuyork wird gemeldet: Der Neujahrstag ist zum ersten Male ohne Alkohol gefeiert worden. Man glaubt aber, daß in Neuyork gleichwohl seit Weihnachten für mehr als fünf Millionen Dollars alkoholische Getränke verbraucht wurden. Man meldet, daß durch den Genuß von Holzalkohol 15 Personen gestorben sind, während eine große Anzahl schwer krank darniederliegt.

* **Das zweimal gestohlene Schwein.** Wie aus Breslau geschrieben wird, spielte sich dieser Tage ein Rechtsstreit vor dem dortigen Landgericht ab, der zwar nicht so ganz für die Beteiligten, aber für die zuständige amtierende Richter eine Quelle innigsten Vergnügens wurde. Kläger war ein Dorfwirt, verklagt waren sieben seiner Stammgäste. Der Wirt hatte mit sieben Stammgästen gewettet, daß ihm sein Schwein nicht gestohlen werden könne. Er hielt eine Wette mit je 500 ℳ gegen jeden der sieben Stammtischbrüder, zusammen also mit 3500 ℳ. Die anderen verpflichteten sich falls der Wirt, ohne daß das Schwein vorher gestohlen sei, zum Schlachtfest einlade, ihm je 500 ℳ zu zahlen. Zopf! Handschlag! Und nun Lage Korn drauf! — Einer der Gäste aber stahl noch am selben Abend das Schwein und fuhr nach Hause damit. Nach einer halben Stunde kam er wieder und sagte ganz kalt, der Wirt habe seine Wette schon verloren; denn er habe den Schmorbraten den Hofhund gegeben, dem Schwein eins auf den Rüssel gehauen, daß es umfiel und dann in Gegenwart des freundlich wedelnden Hofhundes das bewußtlose Schwein auf seinen Wagen geladen. Nun habe das Schwein bei ihm im Stalle. Die anderen schüttelten sich vor Lachen; der Wirt machte saure Miene zum bösen Spiel. — In derselben Nacht aber geschah ein Unglück: Bei dem pfiffigen Stammgast, der das Schwein gestohlen hatte, wurde — eingebrochen und das Schwein des Wirtes wirklich gestohlen. Und nun verklagte der Wirt seine sieben Stammgäste auf Schadenersatz. Er forderte für das angeblich 3½ Zentner schwere Tier, das Pfund zu 20 ℳ gerechnet, 7000 ℳ. Der Vorsitzende der Kammer am Landgericht war ein vernünftiger Mann; er erbrachte den verklagten Erscheinen der Parteien an und empfahl folgenden Vergleich: der Wirt solle die 3500 ℳ, die er verwettet, zahlen, die anderen sollten je 500 ℳ zahlen, dann wären die 7000 ℳ beisammen; dafür könne der Wirt ein neues Schwein kaufen, und von den Gerichts- und Anwaltskosten solle jeder ein Achtel. Und so ward der Streit aufs friedlichste begraben.

Ein D-Zug ohne Lokomotivführer.

Wittenberg, 9. Jan. Ohne Lokomotivführer lief um Mitternacht ein D-Zug durch den hiesigen Bahnhof. Der Mann, der sich aus dem Zuge gebeugt, hatte mit dem Kopfe gegen einen Brückenpfeiler geschlagen und war abgestürzt. Er fand auf der Stelle seinen Tod.

Von Lawinen verschüttet.

Innsbruck, 8. Jan. Wie die gestrigen Abendblätter melden, ist eine aus neun Personen bestehende Skilaufgesellschaft im Gebirge von einer Lawine überrascht worden. Studienrat Dr. Luz aus Ebingen in Württemberg und Fabrikant Sommer aus Ravensburg in Württemberg fanden den Tod. Ihre Gefährten konnten sich retten. Bei dem am nächsten Tage mit einer Expedition unternommenen Rettungsversuch ging abermals eine Lawine nieder, durch die Assessor Haehnle aus Ravensburg und Architekt Vogel aus Friedrichshafen, die am Vortage verschüttet werden waren, aber gerettet werden konnten, unter den Schneemassen begraben wurden. Trotz aller Anstrengungen der Rettungsexpedition konnten die vier Verschütteten noch nicht wieder aufgefunden werden.

Schiffsuntergang im Schneesturm.

Stettin, 8. Jan. Zwischen Saßnitz und Stubbenkammer ging der Hamburger Dampfer „Frisia“, der aus Hamburg kam und nach Stettin unterwegs war, im Schneesturm unter. Über den Untergang wird uns aus Saßnitz berichtet: Große Wogen hatten die Luken des Schiffes eingeschlagen, so daß Wasser in den Raum drang und das Schiff in kurzer Zeit zum Sinken kam. Der Dampfer hatte zwölf Mann Besatzung, von denen sechs mit dem Schiff untergingen. Den anderen gelang es, das im Wasser treibende Rettungsboot zu erreichen. Ein Mann wurde aber sofort wieder über Bord gespült, die anderen sind über Nacht im Boot erfroren. Das Boot trieb unweit Lohme an den Strand. Der über Bord gespülte Matrose wurde auf der Höhe des Leuchtturms von Ranzow an den Strand geworfen. Er ging auf das Licht des Leuchtturms zu, fand aber die Tür verschlossen, zertrümmerte eine Scheibe und kletterte in den Turm. Am anderen Morgen versuchte er, die nächste menschliche Behausung aufzusuchen, brach jedoch unter Frost zusammen. Die Leute fanden ihn und brachten ihn nach Schloß Ranzow, wo er verpflegt wird.

Mit dem Strohkranz am Pranger.

In eine peinliche Situation ist in Gleiwitz eine Schauspielerin von dem dortigen Stadttheater geraten. In ihrer Wohnung beluchten sie einige junge Herren. Plötzlich zogen die Unmeisten eine Haarschneidemaschine aus der Tasche und schnitten die prächtige Fülle des blauschwarzen Haares der Schauspielerin kunstgerecht bis zur Wurzel ab. Aber nicht nur diesem Fräulein ging es so; auch ihre beiden Freundinnen mußten ihre Haare —gezwungenermaßen — opfern. — Zur Erklärung dieser Meldung diene die Mitteilung, daß in Oberschlesien die deutsche männliche Jugend den Beschluß gefaßt hat, allen Mädchen die Haare abzuschneiden, die sich trotz Warnung in näherem Verkehr mit den Besatzungstruppen einlassen.

Handel — Verkehr — Industrie.

Für 100 Mark wurden im Ausland gezahlt

in	am 31. Dez. 1921	am 7. Jan. 1922	Ende Juni 1914	
Zürich	2,75	2,70	125,40	Franken
Amsterdam	1.46½	1,46	59,20	Gulden
Kopenhagen	2,75	2,75	88,80	Kronen
Stockholm.....	2,20	2,02	88,80	Kronen
Wien	2917,00	3484,50	117,80	Kronen
Prag.....	37,25	31,50	117,80	Kronen
London	3,05	3,31	97,80	Schilling
New York	0,54½	0,53	23,80	Dollar
Paris	6,81	6,87½	125,40	Franken
Rom	12,69	12,31	123,45	Lire

= Der Markkurs notierte am Sonnabend in Zürich 2,72½ Centimes, er ist gegen den vorangegangenen Tag um 0,02½ Centimes gestiegen. In Amsterdam wurden für die Mark 1,48 Cents bezahlt, was gegen den Vortrag eine Verbesserung um 0,02 Cents bedeutet.

Der Wert der deutschen Mark betrug am Sonnabend und Sonntag in Amerika 2,27 Friedenspfennige. Das entspricht einer Bewertung des Dollars mit 186,91 ℳ, während in Berlin am Sonnabend amtlich 186,56 Geld notiert wurde.

Außenpolitischer Rückblick.

Die Kölner Handelskammer beschäftigt sich in ihrem soeben veröffentlichten Jahresbericht besonders eingehend mit den wirtschaftlich höchst verhängnisvollen Folgen der „Sanktionen“ für die Bevölkerung des gesamten Rheinlandes. Sie stellt bei dieser Gelegenheit fest, daß infolge der Vorsichten, nach denen das Ruhrbecken arbeitet, das „Loch im Westen“ noch immer nicht vollständig hat geschlossen werden können. Über die Erschwerungen, die infolgedessen für den Wirtschaftsverkehr zwischen dem besetzten Gebiet und dem übrigen Deutschland aufrechterhalten werden müssen, führt die Kölner Handelskammer bittere Klage. Aber in diesem Falle wie bei den Sanktionen überhaupt trifft der schwerste Schaden die Bevölkerung des besetzten Gebietes, die bisweilen übrigens Erstattung der Sanktionsschäden durch das Reich beantragt hat. Die direkten Kosten, die durch die Besatzungen dem Reich entstehen, stellen, so hoch sie auch sind, noch lange nicht den ganzen wirtschaftlichen Schaden dar, den die Besatzung des Rheinlandes der deutschen Wirtschaftskraft und damit auch der Reparationsfähigkeit zufügt. In Amerika und in England ist man sich in steigendem Maße hierüber klar geworden. Die Engländer insbesondere haben in Köln Gelegenheit wahrzunehmen, welcher wichtige Teil der deutschen Produktion gerade hier seinen Sitz hat, und wie sehr diese durch die Besetzung an seiner Entfaltung behindert ist. Das Felten und Guilleaume Carlswerk in Köln-Mülheim, um nur ein Beispiel aus der Reihe der Kölner Großbetriebe zu nennen, hat in letzter Woche eine abermalige Erhöhung seines Aktienkapitals von 50 auf 20 Millionen Mark und zugleich die Ausgabe einer Obligationenanleihe in Höhe von 80 Millionen Mark beschlossen. Auch diese Zahlen spiegeln die erhebliche Bedeutung der Industrie des besetzten Gebietes, die natürlich nicht in Köln allein ihren Sitz hat, für die deutsche Gesamtwirtschaft wieder.

Der Eisenbahnerstreik hat neben seinen andern ungünstigen Folgewirkungen auch eine erhebliche Verschlechterung der Verkehrslage im Ruhrkohlenbezirk herbeigeführt. Es haben sich zum extremal wieder erhebliche Kohlenvorräte angehäuft, mit deren Abtransport nach Beendigung des Streiks begonnen werden konnte. Wenn aber die Kohlenversorgung der Industrie zurzeit knapp ist, so wird die Kohlenlieferung geradezu als trostlos bezeichnet. Schuld daran tragen die hohen Lieferungen an die Entente, die die Nichtlieferung rückständiger Mengen in kurzer Frist durch Androhung besonderer Maßnahmen erzwungen hat. Um schwerstes leidet darunter die Eisenindustrie, denn 15 bis 20 stilliegende Hochöfen können lediglich wegen des Koksmangels nicht wieder in Betrieb gesetzt werden. So zerstört die Entente auch hier durch die Schärfe ihrer Forderungen selbst systematisch die deutsche Zahlungskraft.

An den deutschen Börsen ist ein kräftiger Vorstoß der Hausse-Partei in den ersten Tagen des neuen Jahres schnell wieder zum Stillstand gekommen. Der Dollar hat seinen vorübergehenden Höchststand von 200 ℳ nicht zu behaupten vermocht. Die Unsicherheit des Verbandlungsverlaufes in Cannes vermindert ebenso eine Aufwärtsbewegung des Dollars und der Effektenkurse, wie auf der andern Seite eine anhaltende Marksteigerung. Bis zur Entscheidung von Cannes bleibt die Konjunktur unbeständig und werden Unruhen und Schwankungen unvermeidlich sein, die sich letzten Endes jeder Vorausberechnung entziehen, so daß selbst die berufsmäßige Spekulation sich zur Zurückhaltung veranlaßt fühlt.

*

Braunkohlenwerk Christoph Friedrich A.-G. in Halle.

Die Gewerkschaft Christoph Friedrich, eine Tochtergesellschaft der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen A.-G., ist nunmehr in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Das Grundkapital beträgt 8 Millionen Mark, und zwar besteht es aus 7 Millionen Mark Stammaktien und 1 Million Vorzugsaktien, die letzteren sind mit einer Vorzugsdividende von 6 Prozent ausgestattet. Gründer der Gesellschaft sind Geheimrat Dr. Bodmer, Direktor Dr. Hillger, Bankier Homberger und Rechtsanwalt Dr. Elb sowie die Werschen-Weißenfelser Braunkohlen A.-G., die bisherige Besitzerin sämtlicher Kuxe der Gewerkschaft. Die neue Aktiengesellschaft übernimmt das der Gewerkschaft gehörige Bergwerk Cecilie zu Lützkendorf. Die Verwaltung der neuen Aktiengesellschaft ist identisch mit der Verwaltung der Werschen-Weißenfelser Braunkohlenindustrie.

Gegen rote Hände
Kombella
rissige, aufgesprungene, rauhe Haut, Messer, Blüten und Pickel in der berühmten Friedenscreme. Zu haben in allen Apotheken, Drogerien, Parfümerien
Alle nichtfettende Hautcremes — und Besseren Friseurgeschäften

Gassperrstunde.

Infolge ganz unzureichender Kohlenzufuhr kann Gas bis auf weiteres nur abgegeben werden in der Zeit von 5—11 Uhr abends und 5—8 Uhr morgens.

Die Gasverbraucher werden in ihrem eigenen Interesse darauf hingewiesen, während der Sperrstunden die Gasbähne geschlossen zu halten.

Merseburg, den 9. Januar 1922.

VIII. 426.21. Der Magistrat.

Verantwortlich für die Redaktion Franz Büttner; für den Anzeigen- und Reklameteil Adam Gomm sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Ramus, Berlin-Wilmersdorf, Hildebrandstraße 18.
Druck und Verlag der Firma Th. Störtz in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220109-14/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Aufgeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Zwei möblierte oder leere Zimmer mit Kochgelegenh. v. Beamten gesucht. Ang. u. 938 a. d. Exp. d. Bl.

Beamter der Beunaer Kohlenwerke sucht sofort

möbl. Zimmer.

Ang. u. 936 a. d. Exp. d. Bl.

2 junge Handwerker suchen Kost und Logis.

Ang. u. 928 a. d. Exp. d. B.

Wer gibt kinderlosem Ehepaar 2 bis 3 Zimmer ab per bald oder später? Gegenleistungen in allen Zweigen des Haushalts geboten, auch Hausmannsposten wird übernommen. Gute Zeugnisse zu Diensten. Wohnungsamt gemeldet. Zu erfr. b. O. Stoch, Markt 25.

Eine Droschke

zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Kleinkunstbühne
Neues Schützenhaus. Tel. 292.
Direktion H. Eilenberger.
Täglich 8 Uhr. Sonntags 5 und 8 Uhr.
Jeden Montag Wechsel. Gastspiel erstklassiger Cabaret-Künstler.
Jeden vierten Tag Programmwechsel.

Stadttheater Halle.

Dienstag, den 10. Jan. nachmittags 3½ Uhr Dornröschen.
Abends 7½ Uhr Im weißen Rößl.

Voranzeige!

Sonntag, den 15. Januar 1922, großer

Masken-Ball

des Sportklubs Reipisch.
Der Vorstand.

Einheitsverband
deutsch. Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener
Ortsgruppe Merseburg.

General-Versammlung

Dienstag, d. 10. 1. 22, 8 Uhr abds., im Gasthof „Zur grünen Linde".
Wichtige Tagesordnung: Erscheinen all. Mitglieder unbedingt erforderlich.
Kriegsopfer, die der Ortsgruppe beitreten wollen, als Gäste willkommen.
Der Vorstand.

Wo kann jung. Mädchen Weißnähen lernen?

Ang. u. 932 a. d. Exp. d. Bl.

Jüngerer, kräftiger

Packer

sofort gesucht
B. A. Blankenburg

Schneiderin

für Herren- und Damensachen auch zum Ausbessern sucht
Wuttig, Reivisch.

Heute

Die glückliche Geburt eines gesunden

Sonntagsjungen

zeigen hocherfreut an
Bruno Schurig u. Frau Charlotte
geb. Kabisch.
Merseburg, den 8. Januar 1922.

Heute morgen 1 Uhr entschlief sanft nach langem schweren Leiden im Stadtkrankenhaus Halle unser innigstgeliebter

Hans=Werner

im zarten Alter von 10 Monaten.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Kurt Stürzebecher u. Frau.
Merseburg, den 8. Jan. 1922.

Zeit der Beerdigung wird nach der Ueberführung bekannt gegeben.

Sonntag früh verschied plötzlich und unerwartet nach kurzem schweren Leiden mein lieber guter Sohn und Bruder, mein geliebter Bräutigam

Willi Steinecke

im eben vollendeten 20. Lebensjahre.

Im Namen der Hinterbliebenen
Frau Marie Steinecke und Sohn.
Anna Allstädt als Braut.
Frankleben, den 8. Januar 1922.
Beerdigung findet Mittwoch nachmittag ½4 Uhr statt.

Statt Karten.

Für die Beweise der Liebe und Teilnahme sowie für die reichen Blumenspenden beim Begräbnis unserer lieben Entschlafenen sagen wir unsern herzlichsten Dank.

Zugführer Franz Malit und Sohn.
Familie Filentscher.
Merseburg, den 9. Januar 1922.

Für die uns beim Heimgange unserer lieben Mutter und Großmutter

Frau Anna Dietrich

geb. Siegel

bewiesene Liebe und Teilnahme dankt herzlichst im Namen aller Hinterbliebenen
Else Dietrich.
Merseburg, den 9. Januar 1922.

Bei der am 29. Dezember 1921 stattgefundenen Handelskammerwahl sind zu Mitgliedern der Handelskammer auf 6 Jahre im 2. Wahlbezirk (Stadt- und Landkreis Merseburg, Stadt und Landkreis Weißenfels, Stadt- und Landkreis Zeitz) gewählt worden:

für die Wahlgruppe Industrie, Bergbau und Großhandel:
Herr Stadtrat Franz Dietrich und
Herr Direktor Fritz Ebert,
beide in Weißenfels a. S.;
für die Wahlgruppe Kleinhandel:
Herr Kaufmann Otto Dobkowitz in Merseburg.

Etwaige Einsprüche gegen die Wahlen sind gemäß § 15 des Gesetzes über die Handelskammern innerhalb zweier Wochen, vom heutigen Tage an gerechnet, bei uns anzubringen.

Halle a. d. S., den 7. Januar 1922.
Die Handelskammer.
Fabian.

Mehrere Paar modernster

Damenstrümpfe

billig zu verkaufen Roter Feldweg 8, ptr.

Literarische Arbeitsgemeinschaft

Leiter: Studienrat Dr. Kaminski.
Wiederbeginn: Freitag, den 13. Januar 1922, abends 8 Uhr, im Herzog Christian.
Grillparzers Trilogie: Das goldene Vließ.

Pädagog. Arbeitsgemeinschaft.

Mittwoch, den 11. Januar 1922, abends 8 Uhr, im Herzog Christian. Leiter: Oberlehrer Hemprich.

Vortrag

Erziehung der Kinder und Jugend zum Wohlwollen und zur inneren Freiheit.
(Entsprechende Kapitel aus Salzmann, Konrad, Kieser)
Jedermann herzlich willkommen.

---

145. Bildungsabend.

Montag, den 16. Januar 1922, abends 8 Uhr, im Schloßgartensalon

Liederabend

Gesang: Frau Charlotte Bothe.
Klavierbegleitung: Herr Fritz Busch.
Zum Vortrag kommen Lieder von Franz Schubert, Hugo Wolf, Johannes Brahms, Richard Strauß. — Eintrittskarten zu 5 M. und 3 M. im Herzog Christian.
Die Leitung der Bildungsabende.

Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener
Ortsgruppe Merseburg.
Mittwoch, den 11. Januar 1922, abends 8 Uhr, im Casino

Monats=Versammlung

Referent: Kameraden M. Schäfer, Weißenfels.
Voll zähliges Erscheinen dringend erwünscht. Der Vorstand.

Bin unter Nummer

517

an das Fernsprechnetz angeschlossen.

Paul Engelhardt,
Waren-Agenturen,
Merseburg a. S., Kirchstr. 7.

Kiefernes Brennholz

gesunde, trockene Qualität, liefert
Michel-Brikett-Verkaufsstelle m. b. H.
Fernsprecher 82. — — Neumarkt 67

Gebdte Plätterin

sofort gesucht
Frau Klara Brode,
Johannisstr 1.

Mädchen

im Alter von 20 bis 30 Jahr für Küche und Haus sucht per sofort Frau Sizius, Leuna 43

Tüchtig., nicht ganz junges

Mädchen

für alle Hausarbeit in kleinem Haushalt mit zwei Kindern gesucht. Zu melden Donnerstag u. Freitag nachmittag Neu-Rössen, Friedensstraße 5.

Sauberes, ehrliches

Stubenmädchen

gesucht. Meldungen mögl. mit Zeugnissen an Frau Schmidt, Hallesche Str. 90, Ziegelei.

Bel. 15. 1. od. sp. durl. ordl.

Dienstmädchen

Rudnadtstraße 29, ptr.

Jg. Mädchen

gesucht zum Pikieren von Pflanzen von
Trebst, Gärtnerei, Nordstr.

Tüchtig. besseres Mädchen

nicht unter 20 Jahren, mit guten Zeugnissen für Haus arbeit sofort oder später bei gutem Lohn gesucht.
Becker, Entenplan 4

Von der Reise zurück
Professor Dr. Kauffmann
Facharzt für Suggestions- und Hypnoseiherapie
Sprechst. Mittwoch bis Sonntag einschl. 10—12
Halle a./S., Löwenapotheke Markt.

Vereinigte V.T. Theater.

Kammer-Lichtspiele Kleine Ritterstrasse — Nr. 3. —
Modernes Theater Grosse Ritterstrasse — Nr. 1. —
Telephon 529.

Programme von Dienstag bis Donnerstag

Der Silberkönig 4. Teil
Rochesterstreet 29
Prächtiger Sensationsfilm in 5 Akten
mit Eva Speyer, Bruno Kastner.

Das Kind der Straße
2. Teil.
Ergreifender Kriminal-Sittenfilm aus dem Leben in 6 Akten.
In den Hauptrollen
Edith Posca, Harry Nestor.

Hierzu aussergewöhnlich prächtige Beiprogramme.
Anfang 5 Uhr. 2. Vorstellung 7¼ Uhr.

Voranzeige! **„Casino".**

Sonntag, den 15. Januar 1922, von nachmittags 3 Uhr an

Maskenball.

Masken haben freien Eintritt, desgl. erhalten die besten Masken hohe Preise.

Eisenbahn=Fahrbeamten=Verein.
Der Vorstand.

Achtung! **Achtung!**

Botenfuhrwerk der Strecke Merseburg=Halle.

Hiermit gestatte ich mir, einer verehrten Einwohnerschaft von Merseburg bekannt zu geben, daß ich ein Botenfuhrwerk nach Halle errichte. Selbiges fährt wöchentlich vorläufig einmal nach Halle.

Bitte mir in Unternehmen zu unterstützen und mir gefl. Bestellungen dazu zu erteilen.

Für prompte und gewissenhafte Erledigung werde ich stets bemüht sein.

Achtungsvoll
Friedrich Wege, Geschirrhalter,
Leunaer Straße 21.

Nehme auch Aufträge auf größere Lieferungen an.

Wir suchen zu sofortiger Einstellung

Elektriker für Stark- u. Schwachstrom
Werkzeugschlosser
Rohrschlosser

Es kommen nur gelernte Handwerker, nicht unter 25 Jahren, in Betracht, welche an durchaus selbständiges und gewissenhaftes Arbeiten gewöhnt sind.

Beunaer Kohlenwerke.

Dienstmädchen

nicht unter 16 Jahren aufs Land sofort gesucht
Wehe, Fleischermeister.

Verloren

braune Reisehandtasche und Paket vor Hälterstraße 24 stehen geblieben. Geg. Belohnung abzugeben Hälterstr. 24 im Laden.

Keine Ausnahme=Tage!!

Sondern ich zahle und überbiete jede Konkurrenz!

Lumpen	kg 1,20 Mk.	Papierabfälle	kg 90 Pfg.
Bücher	kg 1,30 Mk.	Zeitungen	kg 1,30 Mk.
Wolle	kg 8,00 Mk.	Knochen	kg 90 Pfg.

Für Kupfer, Messing, Blei, Eisen und

Felle

höchste Tagespreise.

Nur Frau Jrmisch
Johannisstraße 16.
Bitte auf die Nummer 16 zu achten.

In meinem

Saison-Räumungs-Ausverkauf

sind in der Hauptsache mit **bedeutender Preisermäßigung** zum Verkauf gestellt:

Sämtliche **Herren-** und **Burschen-Stoffanzüge, Ulster, Mäntel.** Grosse Posten **Damen-Mäntel** aus weichem, feinem Plusch, Tuch, Velour, Krimmer. **Kinder-Mäntel — Kostüme — Röcke — Blusen — Strickjacken — fertig genähte Damen-** und **Kinder-Kleider. Reste aller Art** in **Kleiderstoffen, Baumwollstoffen etc.**

Ausverkaufsbedingungen: Verkauf gegen bar. Kein Umtausch Aenderungen werden berechnet.

Ich bitte um Beachtung meiner Schaufenster-Auslagen.

Otto Dobkowitz.

Die herabgesetzten Preise sind durch rote Zahlen gekennzeichnet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220109-14/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 7. | Montag den 9. Januar 1922. | 48. Jahrg.

Verbrecherische Regierungshetze.

Während sich das Vaterland wieder einmal in den allerkritischsten Zeiten befindet und in Cannes um das Schicksal Deutschlands gewürfelt wird, verstärken die Rechtsparteien ihre unverantwortliche Hetze gegen die deutsche Regierung und ihre Vertrauensmänner. Herr Hergt hat in Hamburg in einer deutschnationalen Agitationsversammlung der deutschen Regierung die alleinige Schuld an der verzweifelten Lage des Landes zugewiesen. Die heutigen Minister, die am Platze eines Bismarck ständen, seien nicht fähig, seine Schuhriemen aufzulösen, dem Publikum wurde von der Regierung nach wie vor blauer Dunst vorgemacht, die Lebensmittelgeber seien in Anspruch genommen worden, um die erste Milliarde zu bezahlen, die Regierung sei an der Teuerung schuld. Es gehört nachgerade deutschnationale Naivität oder Gehässigkeit dazu, um derartige Ausführungen auch nur ruhig anzuhören. Einer Widerlegung bedürfen sie heute nicht mehr. Allerdings wirken sie in den deutschnationalen Zeitungsorganen unheimlich weiter. In der neugegründeten deutschnationalen „Reichsflagge“ in Hamburg liest man beispielsweise: „Welche Art von Geisteskrankheit, Verrücktheit oder geistiger Verfall hat denn nun eigentlich die Gewaltigen des Landes befallen, insbesondere Herrn Reichskanzler Wirth? Ein solcher Mann dürfte nicht 12 Stunden länger Kanzler sein. Er soll sich endlich davonmachen, dieser Unglückselige . . .“, und an anderer Stelle: „Gott erhalte Ebert, Wirth und Scheidemann, Erzberger hat er schon erhalten!“ Das ist die neueste deutschnationale Mordhetze unmittelbar nach Aufhebung der Mordverordnung des Reichspräsidenten! Größere und angesehenere deutschnationale Blätter treiben es nicht ganz so grob, aber doch nicht minder arg. Hier muß vor allen Dingen Rathenau als Vertrauensmann der Regierung Wirth und seiner Erfüllungspolitik herhalten wegen seines angeblichen Mißerfolgs in London und Paris. Ohne eine Spur von Tatsachenkenntnis wird frisch drauf los behauptet, daß sich Rathenau und seine offiziellen Auftraggeber bis auf die Knochen blamiert und alle deutschen Rettungen, die etwas anderes geschrieben hätten, vor In- und Ausland durch Reklamesucht und Personenkultus entwürdigt hätten. In diese Kerbe schlägt selbst die deutschnationale Korrespondenz, das offizielle Parteiorgan der Deutschen Volkspartei, das die ganze ernste Mission Rathenaus als „Komödie“ hinstellt, die zum Ruhme und zum Vorteil Deutschlands nicht beigetragen habe. Gegen derartige Polemik und Gehässigkeit gibt es nur ein Mittel der Gegenwehr: Verächtliches Niedrigerhängen.

*

Die deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien

sind in der vergangenen Woche weiter gefördert worden. Der Vorsitzende der Kommission, Calonder, befindet sich gegenwärtig mit einem Stabe von Sachverständigen auf einer Besichtigungsreise, um unmittelbare Eindrücke über die oberschlesischen Verhältnisse zu gewinnen. Die nationalistische Presse diesseits und jenseits der neuen unglückseligen Trennungslinie hat diese Besichtigungsfahrt mit größtem Mißtrauen verfolgt und gegenseitig behauptet, daß Herr Calonder nicht unparteiisch sei. Wie wir dazu an zuständiger deutscher Stelle erfahren, hütet sich im Gegenteil der schweizerische Vorsitzende aufs peinlichste, auch nur durch nebensächliche Äußerlichkeiten seine Unparteilichkeit in Zweifel ziehen zu lassen. Angriffe in dieser Hinsicht sind unberechtigt, ebenso pessimistische Äußerungen deutscher Blätter über das vermutliche Ergebnis der Besichtigungsreise und der Verhandlungen. Selbstverständlich ist auch zu großem Optimismus kein Anlaß.

*

Vor einem neuen Eisenbahnerstreik?

Essen, 9. Jan. In einer Mitteilung des Bezirksvorstandes Elberfeld des Deutschen Eisenbahnerverbandes, von der bekanntlich der jüngste Eisenbahnerausstand ausging, wird erklärt: Der Reichsverkehrsminister habe seine am Silvesterabend gegebenen Versprechen nicht gehalten. Infolgedessen sei die Lage sehr ernst. Die Organisationsvertreter würden die zu ergreifenden Maßnahmen erwägen. Für den Elberfelder Bezirk sei die Lage fast hoffnungslos, weil die Eisenbahndirektion Elberfeld entgegen der Anweisung des Ministers Entlassungen von Streikenden verfügt habe.

*

Die Kartoffeln werden teurer!

Von unserm Berliner Vertreter wird uns mitgeteilt: Wie die „V.V.V.“ von gut unterrichteter Seite erfahren, ist abermals mit einer merklichen Steigerung der Kartoffelpreise zu rechnen, da in den nächsten Tagen bereits eine Erhöhung der vom

Das Wichtigste vom Tage.

In dem Beschluß der Washingtoner Konferenz gegen den U-Boothandelskrieg wird ausgeführt, daß die Lehren des Weltkrieges bewiesen hätten, es sei praktisch unmöglich, U-Boote als Zerstörer des Handels zu verwenden, ohne die allgemein von den zivilisierten Völkern zum Schutze der Neutralen und Nichtkämpfer angenommenen Regeln zu verletzen. Der Beschluß erinnert an jenen eines Konzils, das die neu erfundenen Pulverwaffen als unmenschlich verbieten wollte, ohne natürlich Erfolg zu haben, da der Krieg als Verneinung des Rechtes Rechtsbindungen seiner Natur nach zerreißt.

*

Um seine Valuta zu heben, wird Österreich von Sonntag an mit dem Ziele des gänzlichen Abbaues die bisher gezahlten Zuschüsse für Brot, Mehl und Fett um etwa ⅔ herabsetzen. Die österreichische Industrie sieht den Lohnsteigerungen, die der Verteuerung des Brotes natürlich folgen müssen, mit großer Besorgnis entgegen.

*

Das polnische Defizit beträgt 180 Milliarden, soll aber nach Berechnungen oppositioneller Zeitungen in Wirklichkeit noch höher sein. Der Grund des Fehlbetrages liegt darin, daß das Land auf französischen Befehl und aus eigenen imperialistischen Gelüsten ein übergroßes Heer unterhält.

*

In Rußland sind politische Gefangene, um nicht in die Hölle von Turkestan abtransportiert zu werden, in den Hungerstreik getreten. Die kommunistischen Zeitungen, die aus dem Hungerstreik in Lichtenburg ein übergroßes Gewese machten, verhalten sich ganz still, wenn es sich um das heilige Sowjetrußland handelt.

*

Der auswärtige Ausschuß des brasilianischen Senats hat vorgeschlagen, die Berliner Gesandtschaft in eine Botschaft umzuwandeln. Der Antrag wird mit dem riesigen Handelsverkehr und der Freundschaft zwischen beiden Ländern begründet.

*

Ludendorff geht sich im Militärwochenblatt mit dem zweiten Band der Bethmannschen Erinnerungen auseinander. Er vergißt dabei, Bethmann den Vorwurf zu machen, daß er es unterlassen habe, den Kaiser auf seine Stellung als Oberster Kriegsherr hinzuweisen, als Ludendorff mit dem Rücktritt drohte, wenn Bethmann Kanzler bliebe.

*

In Gera will man nach Stuttgarter Vorbild eine „Hockersteuer“ einführen und hat bereits eine Mitgiftsteuer ausgeschrieben. Die Rechtmäßigkeit der letzteren Steuer muß angezweifelt werden, da sie in die Steuerhoheit des Reiches eingreift.

Reichsernährungsministerium festgesetzten Richtpreise für Kartoffeln um 10 ℳ pro Zentner erfolgen soll. Die Folge dieses Schrittes dürfte sein, daß **bald keine Kartoffeln mehr unter 140 bis 150 ℳ für den Zentner zu haben sein werden**, und daß auch kein Wuchergericht zugunsten der Konsumenten an dieser Preisbildung etwas ändern kann.

Nach dieser Meldung sage einer noch, die Zeitungen seien teuer! Unter Zugrundelegung eines Bezugspreises von 50 ℳ monatlich belam man vor dem Kriege für 2,50 ℳ — also fünf Monate Bezugsgeld — einen Zentner bester Kartoffeln. Jetzt müßte der monatliche Bezugspreis auf 10 ℳ erhöht werden. Was erhält man heute für fünf Monate Bezugsgeld? Gerade ⅛ Zentner Kartoffeln! Besser und überzeugender kann danach der Einwand, die Zeitungen seien zu teuer geworden, wohl nicht widerlegt werden.

Der Kampf um die Umsatzsteuer.

Der Deutsche Bund für Gewerbe, Handel und Industrie nahm nochmals Stellung zur Frage der Umsatzsteuer, über die kurz nach Zusammentritt des Reichstages eine Entscheidung gefällt werden soll, und wandte sich in einer Entschließung gegen die unerklärliche Steuerbefreiung der sämtlichen Genossenschaften, um diese abzuziehen und bei der Umsatzsteuer den Grundsatz „Gleiches Recht und gleiche Pflichten für alle“ durchzuführen. Rücksicht auf die meist auf sozialdemokratischem Boden stehenden Konsumvereine darf nicht maßgebend sein. Glauben Regierung und Parteien, die Umsatzsteuer von den Genossenschaften in einer Gesamthöhe von 7—8 Milliarden Mark jährlich entbehren zu können, dann sollen sie doch wenigstens eine allgemeine Herabsetzung des bisherigen Umsatzsteuersatzes von 1½ auf 1 Prozent zum Vorteil der gesamten, ohnedies durch die Geldentwertung schwer belasteten Verbraucherkreise durchführen.“

Protestkundgebung der Berliner Hausbesitzer.

Wie man uns aus Berlin meldet, fand am Sonntag im Zirkus Busch unter Teilnahme von etwa 5000 Hausbesitzern eine Protestkundgebung der Hausbesitzer gegen die neuen Mietszuschläge statt. In einer angenommenen Entschließung wurden die erhöhten Mietszuschläge als völlig unzureichend erklärt und folgende Forderungen aufgestellt. Sofortige Neuprüfung der Höchstmietenzuschläge und entsprechende Mietssteigerung bei jeder weiteren Erhöhung der Abgaben. Die neuen Zuschläge müssen bis spätestens 1. April in Wirkung treten. Geschieht dies nicht, dann werden die Berliner Hausbesitzer zum Streik greifen und die Zahlung sämtlicher Abgaben einstellen.

Leipzig.

Vorbesprechung zum Parteitag der USPD.

„Die Sozialdemokratie hat heute einen genau klappenden Verwaltungsapparat, eine trefflich geschulte Bürokratie, eine gut eingexerzierte Mitgliedschaft; sie hat für jedes Übel eine Programmforderung und für jede Lage ein Schlagwort; sie hat das Weltall sauber in Fächern und Kästen untergebracht und die Teile mit Ia. 1, Ia. 2 usf. bezeichnet, aber ist Sozialismus heute bei vielen nicht mehr eine Sache des Mitgliedsbuchs als ein aufwühlendes inneres Erlebnis? Sind unsere Anhänger wirklich ein neuer Menschenschlag: Sozialisten oder nur etwas Mechanisches: Organisierte? Die zweifelnde Frage umschließt schon die beträubliche Antwort: trotz des Mitgliederzuflusses, der Regierungsfähigkeit, der Ministersessel droht dem Sozialismus die Gefahr, der die Kirche längst unterlegen ist, statt einer lebendig wirkenden Macht eine seelenlose Maschine zu werden.“

Der hier so zweifelnd fragt und so trübselig antwortet, ist der frühere mehrheitssozialistische Reichstagsabgeordnete Hermann Wendt. Jahresnummer der von Paribus herausgegebenen „Glocke“. Wenn

---

Amtliche Bekanntmachungen für den Kreis Merseburg.

Stück 1 | Merseburg, 7. Januar 1922

1) Für den Standesamtsbezirk Popitz ist an Stelle des Gemeindevorstehers Bock in Popitz der Amts- und Gemeindevorsteher Georg in Popitz zum Stellvertreter des Standesbeamten bestellt worden.

Merseburg, den 29. Dezember 1921.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Gustke.

2) Da die Vorarbeiten betreffend Abänderung der Verordnung der Reichsregierung über Maßnahmen zur Sicherung der Reichsfinanzen vom 26. September 1920 (Reichsgesetzblatt S. 1675) noch nicht zum Abschluß gebracht werden konnten, hat der Preußische Staatskommissar für Volksernährung durch Erlaß vom 9. Dezember 1921 — VI d 3870 — auf Grund des § 18 der genannten Verordnung vom 19. September 1920 in Verbindung mit Ziffer 19 der weiteren Ausführungsanweisung vom 23. Oktober 1920 angeordnet, daß die für das Kalenderjahr 1921 erteilten Erlaubniskarten zur Verfütterung des Viehhandelsbuches bis zum 28. Februar 1922 einschließlich ausgehebt wird; eine Verlängerung der für die Erlaubniskarten für das Kalenderjahr 1922 an entrichtenden Gebühren, deren Festsetzung noch vorbehalten bleibt, tritt hierdurch nicht ein.

Nach dem 1. März 1922 haben nur noch die neuen, für das Kalenderjahr 1922 ausgestellten Viehhandelserlaubniskarten rote, farbe der Erlaubniskarten geb. und der Nebenerlaubniskarten rote, bühnenfliegung für diese Karten, die unter Zugrundelegung des ganzen Kalenderjahres zu erheben sind, Gültigkeit; die Gebühren sind vorausgezahlt.

Magdeburg, den 17. Dezember 1921.
Der Oberpräsident.

Veröffentlicht:
Merseburg, den 21. Dezember 1921.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J. V.: Kürsten.

Soweit die Gemeindevertretungen über die Erhebung der Vergnügungssteuer noch nicht Beschluß gefaßt haben, ersuche ich die Herren Gemeindevorsteher, in der nächsten Sitzung dem Gegenstand zur Verhandlung zu stellen. Spätestens vier Wochen ist mir über die getroffene Entscheidung unter Beifügung der Satzung zu berichten.

Allgemein bemerke ich noch, daß der Erlaß vom 20. Dezember 1921 beispielsweise hat, von der Einführung einer Lustbarkeitsvergnügungssteuer abzusehen und auf die Überweisung eines Anteils aus der Gemeindeerwerbungssteuer zu verzichten.

Formulare zur Steuerbehandlung, die in dieser Angelegenheit erforderlich sind, von der Firma Trennbach & Sohne, Grafenstraße, bezogen werden.

Merseburg, den 3. Januar 1922.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Gustke.

5) **Betr.: Vertrauensmännerwahl am 15. Januar 1922.**

Im Anschluß an meine Bekanntmachung vom 1. Dezember 1921, veröffentlicht im Stück 33, Nummer 396 des Kreisamtsblattes, werden die wahlberechtigten Angestellten ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Versicherungskarte nur dann als Ausweis dient, wenn in derselben vermerkt ist, daß Beitrag innerhalb der letzten Wochen vor dem 4. Januar 1922 gezahlt ist.

Merseburg, den 4. Januar 1922.
Der Kommissarische Landrat.
J. V.: Walter, Wahlleiter.

6) Gemäß § 15 der Wahlordnung vom 3. Juli 1919 werden die für die Wahl der Vertrauensmänner und Ersatzmänner bei Angestelltenversicherung aufgestellten Wahlvorschläge mit ihrer Bezeichnung hierdurch öffentlich bekannt gemacht:

Vorschlagslisten der versicherten Angestellten.

Vorschlagsliste A
des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (GdA.).

1. Frau Jäcker, Kaufmann, Merseburg.
2. Willy Schulz, Kaufmann, Neu-Nissen.
3. Karl Lenkerwald, Steiger, Bennsdorf.
4. Bernhard Hofmann, kaufmännischer Angestellter, Oberbeuna.
5. Otto Gesch, Buchhalter, Kötzschen.
6. Alois Kurpiejer, kaufmännischer Angestellter, Neu-Nissen.
7. Walter Wolf, Kaufmann, Merseburg.
8. Wilhelm Johne, Kaufmann, Oberbeuna.

Vorschlagsliste B
des Gesamtverbandes deutscher Angestelltengewerkschaften,
Ortsgruppe Merseburg-Land.

1. Karl Renner, Kaufmann, Neu-Nissen.
2. Otto Fischer, Kaufmann, Schkeuditz.
3. Alfred Schmidt, Kaufmann, Neu-Nissen.
4. August Stappler, Werkmeister, Neu-Nissen.
5. Karl Breischneider, Kaufmann, Frankleben.
6. Elisabeth Lenz, Verkäuferin, Schkeuditz.
7. Karl Fries, Kaufmann, Landsdorf.
8. Otto Wittmann, Werkmeister, Neu-Nissen.
9. Oskar Wagner, Kaufmann, Merseburg.

Vorschlagsliste C
der Allgemeinen freien Angestelltenverbände (AfA).

1. Gustav Hebbel, Werkmeister, Neu-Nissen.
2. Karl Dennin, Buchhalter, Kriscorell, Neu-Nissen.
3. Karl Wieger, Werkmeister, Neu-Nissen.
4. Karl Schneider, Schneider, Zöllschen.
5. Karl Hoffmann, Kaufmann, Neu-Nissen.
6. Karl Sern, Angestellter, Neu-Nissen.
7. Erich Kneipp, Kaufmann, Neu-Nissen.
8. Franz Kohr, Buchhalter, Neu-Nissen.
9. Oskar Wagner, Buchhalter, Neu-Nissen.

Die Vorschlagslisten A und B sind in der Weise miteinander verbunden worden, daß an erster Stelle der Kandidat der Angestellten, an zweiter der der Arbeitgeber steht.

Da die Arbeitgeber eine Vorschlagsliste nicht eingereicht haben, so findet bei dieser Gruppe Wahl statt. Vertrauensmänner aus der Zahl der wählbaren Arbeitgeber werden gemäß § 152 des Angestelltenversicherungsgesetzes von der unteren Verwaltungsbehörde berufen.

Merseburg, 5. Januar 1922.
Der Wahlleiter für den Wahlkreis Merseburg-Land.
Kommissarischer Landrat.
J. V.: Walter, Kreissekretär.

---

3) Der Deutsche Landwirtschaftsrat (Reichsverband, Deutscher Heimatdienst, Deutsche Landwirtschaftsrat) hat die Wieder- Herausgabe, Der Deutsche Landwirt, Berlin, Potsdamerstraße 14, herausgeben im Interesse ostmärkischer Landwirte den Landwirten, die wirtschaftlichen Grundbuchen, Kassen und Geldsorten für Verkäufer Verkaufs- und Tauschzwecken, — in den einzelnen Gemeinden zu veröffentlichen. Bezirksversammlungen und die Herren Gemeindevorsteher des Kreises erteilen in der Angelegenheit an unterrichten und die Vorstand an den Bekanntmachungsstellen auszuhängen.

Merseburg, den 29. Dezember 1921.
Der kommissarische Landrat.
J. V.: Walter.

4) **Betr. Vergnügungssteuer.**

Was mehrfachen hiesigen Anfragen erfolge ich, daß hinsichtlich der Gebührenfreiheit der Vereine bei Gemeinde- und Landtagswahlen bei Wahlen, Volksbegehren und Volksentscheid, Vergnügungssteuer zu erheben, und zwar, solange sie keine besondere Vergnügungssteuerordnung erlassen haben, in Gemäßheit des Erlasses II Ziffer 1 des Gesetzes vom 9. Juni 1921 — Reichsgesetzblatt Seite 556.

Der Erlaß der Reichsministerialbestimmungen bezüglich der Steuerordnungen müssen mit diesen in übereinstimmung gebracht werden, und zwar bis spätestens 31. März 1922. Dabei sind Abweichungen von der nach Artikel 11 geltenden Steuerordnung nur im Rahmen der Ziffer 1 des Erlasses vom 9. Juni 1921 (RGBl. S. 556) zulässig. Ich mache ich besonders beigenen Gemeinden aufmerksam, deren die im Artikel II vorgesehenen Steuerfüsse nicht gerücken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220109-14/fragment/page=0005

Wendet hier auf die Verflachung in der Mehrheitssozialdemokratie, auf ihre auf Kosten der Intensität betriebene Extensität mit so bitteren Worten hinweis, so darf wohl die Frage aufgeworfen werden, ob nicht etwa diese Übel an Tiefe und Ausdehnung gewinnen würden, wenn die angesichts des bevorstehenden Parteitags der Unabhängigen in der Presse beider sozialistischen Parteien so lebhaft erörterte sozialistische Einigung zustande käme. Leider aber ist zu befürchten, daß man in Verfolg der Machtpolitik, die doch letzten Endes der Leitgedanke des ganzen Einigungsbestrebens ist, auf beiden Seiten weder Zeit noch Sinn für solche Selbstbesinnung finden wird. Bisher jedenfalls ist es nicht geschehen. Statt dessen ergreifen seit Wochen in der Presse beider Richtungen Freunde und Gegner der Einigung das Wort, untersuchen das Für und Wider und schaffen damit einen Resonanzboden für die Leipziger Verhandlungen. Die würden vielleicht trotz mancher zwischen den beiden Parteien sonst noch stehenden Differenzpunkte unschwer zu einem positiven Ergebnis führen, wenn nicht die von den Mehrheitssozialisten gepflogene Koalition mit bürgerlichen Parteien für einen großen Teil der Unabhängigen eine Schranke bilden würde, über die sie heute noch nicht hinweggekommen. Nicht weniger als 14 dem Parteitag vorliegende Anträge beschäftigen sich mit der Koalitionspolitik und stellen in mehr oder minder schroffer Form die sattsam bekannte Abneigung der Unabhängigen gegen jede Arbeit innerhalb einer Koalitionsregierung von neuem fest. In merkwürdiger Verkennung des Begriffs wird da u. a. gesagt, daß die äußere Form der Einheit wirkungslos bleibe und daß die Partei, die zur Einheit mit der USP. als „reif" anzusehen werden wolle, künftig jegliche Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien abzulehnen habe. Es wird also völlig verkannt, daß Koalitionspolitik nicht Gesinnungs-, sondern Arbeitsgemeinschaft bedeutet, und nebenbei macht man sich bei den Unabhängigen keinen Augenblick Gedanken darüber, daß durch solche Ablehnung die Gefahr einer vollkommenen Überantwortung der Staatsgewalt an die reaktionären Parteien entstünde. Der linke Flügel der Unabhängigen hat also nichts gelernt und nichts vergessen und will jetzt in Leipzig das Leipziger Aktionsprogramm von neuem abstempeln. Für ihn ist auch nicht nur die Koalitionsfrage ein Stein des Anstoßes, sondern er hängt auch noch nach wie vor an dem Gedanken einer proletarischen Diktatur. Vergeblich müht sich der rechte Flügel, die Gruppe um Breitscheid und Hilferding, der anderen Seite den Koalitionsgedanken schmackhaft zu machen, und in der „Freiheit" hat sich sogar Otto Bauer, der fähigste Kopf der österreichischen Sozialdemokratie, die sich den Unabhängigen mehr verwandt fühlt als den Rechtssozialisten, bemüht, in langen Artikeln die zwingende Notwendigkeit darzutegen, warum zwischen 1918 und 1920 die österreichischen Genossen an Regierungskoalitionen mit bürgerlichen Parteien beteiligt waren und heute noch durch eine zurückhaltende Opposition die Tätigkeit einer rein bürgerlichen Regierung ermöglichen; nämlich einfach deshalb, weil nach Lage der Dinge sowohl eine bürgerliche wie eine proletarische Diktatur völlig unmöglich ist. Allein er predigt denen um Ledebour und Crispien vergeblich. Die Unversöhnlichkeit dieser Führer ist zu groß, und auch Herrn Scheidemanns Beschwörungsformeln wirken bei ihnen nicht mehr als die Paul Lobes und selbst Karl Kautskys. Trotzdem wird sich die unabhängige Sozialdemokratie nicht mehr allzulange um eine klare Entscheidung drücken können. Die Blütenträume ihrer einst so großen Hoffnungen sind längst zerronnen und fast jede Wahl führt sie weiter dem Abstieg entgegen. Bei ihren bejoinenen Anhängern schadet ihr das gelegentliche Liebäugeln mit den Kommunisten nicht minder wie ihr zähes Festhalten am Klassenkampf und an der Diktatur des Proletariats. Will sie sich nicht nach rechts entschließen, so wird ihr in absehbarer Zeit nichts anderes übrig bleiben, als der von dem Kommunisten Paul Levy propagierten sozialrevolutionären Partei, wenn nicht gar den Kommunisten selbst sich anzuschließen. Wann wird aber bezweifeln dürfen, ob es sie gelüsten wird, auf diesem Trümmerfeld, das von Tag zu Tag noch mehr zerfällt, ihr Haus zu bauen. In dem unfruchtbaren Sektierertum, das sie heute darstellt, kann sie jedenfalls nicht verharren. Vielmehr ist es an der Zeit, daß die Einigungsfrage aus dem Stadium theoretischer Erwägungen herauskommt. Deshalb würde der Leipziger Parteitag klug daran tun, wenn er die Partei nicht durch feste Beschlüsse in ihrem Handeln hinden wollte, damit sie nicht mit verschränkten Armen dastehen muß, wenn in nächster Zeit die gemeinschaftliche Not, welche die Politik des Hasses und der Gewalt uns gebracht hat, auch in ihr endlich die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Notgemeinschaft des deutschen Volkes aufgehen lassen sollte.

Eröffnung des USPD.-Parteitages.

Leipzig, 9. Jan. Der Parteitag der USPD trat gestern nachmittag im Volkshause zusammen. Parteivorsitzender Crispien bezeichnete als Aufgabe dieses zweiten Parteitages namentlich die Steuerfrage, die Koalitionspolitik und die Einigung des Proletariats. Zu Vorsitzenden wurden einstimmig der Reichstagsabgeordnete Dittmann und Seeger-Leipzig gewählt. Dittmann begrüßte hierauf die erschienenen Ausländer Grumbach-Frankreich, Becker-Luxemburg, Ayles-England, Reinhard-Schweiz, Professor Ballod-Lettland, Hollebrand-Tschecho-Slowakei, Abramowitsch-Rußland und Friedrich Adler-Deutschösterreich, die mit lebhaftem Händeklatschen empfangen wurden. Hierauf überbrachten die Vertreter der einzelnen Länder die Grüße ihrer Parteigenossen.

Sich selbst getreu.

Roman von Gerhard von Amyntor.

68. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Wie er hinter einer Sträuchergruppe, aus deren Blättern einzelne Beeren im Mondlicht wie Blutstropfen leuchten, am Ufer entlang schreitet, hört er menschliche Stimmen von der Wasserseite her. Er bleibt stehen und liegt hinter einem Strauche hervor nach dem See. Dicht vor ihm schwimmt ein Kahn mit Ellen von Brank, deren Bruder und dem Herrn von Tollen. Die beiden Herren machen gerade eine Pause in der Führung der Riemen; auch Ellen, die auf dem Platze des Steuermannes sitzt, hat das Ruder aus ihrer Hand gelassen.

Der Rittmeister von Tollen hat mit seinen Fernengläsern den nur halb verdeckten und voll vom Mondlichte beleuchteten Beobachter erkannt und ruft munter: „Sieh da, der Justizrat! Was treiben Sie denn da? Suchen Sie Kräuter im Mondschein, oder wollen Sie nach Regenwürmern zum Angeln graben?"

Da sich Tell erkannt sieht, tritt er hinter dem Gesträuch hervor und zieht grüßend den Hut.

„Ich suche weder Regenwürmer noch Kräuter, Herr von Tollen, sondern schaue nur nach dem Wetter aus."

„Und was kündet der Himmel?" fragte Tollen.

„Es scheint, wir werden Sturm bekommen."

„Wie im Menschenleben nach sonnigen Tagen", ergänzt der Rittmeister nach einem komischen Seufzer.

Ellen bleibt stumm. Sie erwartet, daß der Einsiedler, der sich ihr in Giesdorf noch nicht ein einziges Mal gezeigt hat, zuerst das Wort an sie richten werde. Ein gleiches jetzt Tell voraus. Wenn das Fräulein keine Silbe der Begrüßung für ihn hat, so will sie offenbar nichts mehr von ihm wissen, so darf er auch seinerseits den Bann nicht brechen.

Walter von Brank, der längst aus Heidelberg zurückgekehrte, jetzt im Vaterhause wohnende Majoratserbe schweigt ebenfalls. Nur wie Tollen zu einer neuen Frage an den Justizrat anheben will, flüstert er halblaut, doch so, daß Tell es hören kann: „Es wird wahrhaftig Zeit, daß wir heimkehren, Herr von Tollen."

Die Herren im Kahn grüßen, der Rittmeister durch lauten Zuruf und mit freundlicher Handbewegung, Walter von Brank nur durch einen kurzen Griff an seine Jockelmütze. Dann lassen sie die Riemen wieder in die Flut tauchen und treiben das kleine Fahrzeug vom Ufer ab.

Tell setzt mit geteilten Empfindungen seinen Weg fort und sieht, wie der Kahn nach wenigen Minuten drüben landet und seine Insassen aussteigen. Warum hat ihm Ellen nur zugenickt? Warum ihm kein freundliches Wort der Begrüßung gegönnt? O, er weiß es recht gut. Er ist damals im Neuen Palais so berechnend unhöflich gegen sie gewesen. Aber wenn er ihr nicht gleichgültig ist, kann sie denn nicht verzeihen und vergessen? Und wie steif und gefroren wieder der Bruder Ellens gegen ihn gewesen ist! Wittert der hochnäsige Junker in ihm, dem Bauern, einen dem Bewunderer seiner Schwester? Ha, ha, ha! Es wäre eigentlich eine famose Demütigung für den eingebildeten Patron, wenn er es erleben müßte, daß seine Schwester, das blaublütige Freifräulein, einem Bauern ohne Adelsdiplom die Hand reichte! Aber was sind denn das für Phantasien? Er hat ja alle Brücken mit Giesdorf abgebrochen. Das Wasser, das zwischen ihm und Ellen fließt, ist viel zu tief, und die Wasser kommen, wie es im Liede heißt, selbst Königskinder nicht zusammen. Aufseufzend kehrt er dem See den Rücken und wendet sich seinem Heim zu, das inzwischen auch von dem Rest der Gäste verlassen worden ist.

19. Kapitel.

„Das Herz möchte einem brechen, wenn man bedenkt, daß der hohe Herr, sein Leben darangesetzt hat, um aus dem sonnigen Süden in dieses mörderisch-eisige Land zurückzueilen und das Zepter seiner Väter zu ergreifen."

Tell sagte es zum Pfarrer Sammler, der aus Bretzig bei Giesdorf herübergekommen ist, um den Einsiedler von Doben zu einem Spaziergange abzuholen. Beide schreiten nebeneinander am See entlang auf der im Märzwinde staubenden Straße nach Bretzig. Der Pfarrer nickt mit dem weißmähnischen Haupte und versetzt ernst: „Ich ist die Prüfung, wie sie Gott der Herr nur dem deutschen Volke auferlegt."

„Warum nur diesem?"

„Weil es stark und gläubig genug ist, um sie ohne Schaden zu ertragen. Ja, ich denke, unser Volk wird durch die Hammerschläge dieser Heimsuchungen immer noch mehr gefestigt werden im Vertrauen auf Gott und auf sich selbst. Es gibt kein zweites Volk der Erde, dem im ganzen Laufe der Zeiten je ein so hochherzig-gemütvoller, glanzumwobener Kaiser gestorben wäre, wie unser greiser Wilhelm, und noch nie ist ein so heiß geliebter, großherziger und leutseliger Herr unter dem Drucke ähnlicher Qualen auf einen Thron gestiegen, wie unser armer Kaiser Friedrich."

„Gemahnen Sie mich nicht daran, man könnte an der ewigen Barmherzigkeit irre werden! Sie wissen noch gar nicht, was ich an ihm besitze, was ich an ihm zu verlieren bange. Er ist der Stern, zu dem ich hoffnungsvoll im Dunkel dieses Lebens aufzublicken gelernt hatte, und dieser Stern ist nun im Verlöschen! Als ich ihm das letztemal in seine sonnigen Augen schauen durfte, es war in Berlin Unter den Linden, ich hatte gerade mein Abschiedsgesuch eingereicht und war im Begriffe, nach Doben überzusiedeln — da redete er mich in seiner herzgewinnenden Weise an — er hatte mich sofort erkannt. „Ich muß Ihnen noch meine Anerkennung aussprechen", sagte er, mir die Hand bietend, „daß Sie durch Ihre Umsicht und Energie unserem Brank einen Teil seines Eigentums gerettet haben." — „Das haben die Polizei und das Gericht getan, Kaiserliche Hoheit", erwiderte ich, das Lob ablehnend, „meine Mitwirkung dabei ist nur eine sehr unbedeutende gewesen." — „Verringern Sie nicht Ihr Verdienst", unterbrach er mich freundlich,

Jede Dame schneidet sich
ins eigene Fleisch, wenn sie jetzt selbst Zaschneiden und Nähen erlernt.
Zuschneide-, Näh- und Anfertigungs-Kursus.
Thiele's Damenschneiderei-Fachschule Merseburg/S., Große Ritterstraße 2 (Eing. Treppe Burg- u. Domstraße).
Nächster Kursus beginnt Montag, den 16. und Dienstag, den 17. Januar 1922.
Auswärtige Schülerinnen erhalten billige Unterkunft während der Kursdauer nachgewiesen.

1 P. schw. Damenstiefel
Größe 38, billig zu verkaufen
Rossmarkt 15, 1 Tr.

Ein Paar Schuhe
Nr. 39 zu verkaufen
Lindenstraße 5, Hof.
Abzuholen von 2—4 Uhr.

8ung 8ung
1 Schreibtisch (fast neu)
1 Chaiselongue,
1 Bücherregal weg. Platzmangel abzugeben Neu-Rössen, Bahnhofstr. 27.

Ich habe im Auftrage zu verk.: 1 Waschtisch, nußb. fourniert, 2 Nachttischchen, nußb. fourn., vollständig neu, mit weißer Marmorplatte
Gustav Weber,
Weißenfelser Straße 21.

Ein Stall,
2×2×2 m, billig zu verk.
Leunaer Str. 24,
Vorderhaus, 3. Etg. links.

Alte Zeitungen
kauft
Geschäftsstelle d. „Merseburger Korrespondent".

An- wie Verkauf
jegl. Grundbesitzes, Hypotheken, Baugeldern, Kapitalien 2c. empfiehlt bei diskret, vornehmer Vermittelung
Grützner, Merseburg a. S.,
Breite Str. 16.
Geeignete Grundstücke, Geschäfte, Landwirtschaften, immer vorhanden.

Betrifft: Körperschaftssteuer.

Aufforderung zur Anmeldung steuerlich wichtiger Vorgänge.

Die körperschaftspflichtigen Personenvereinigungen und Zweckvermögen, die im Bezirke des Finanzamts Merseburg den Ort der Leitung oder, wenn der Ort der Leitung im Ausland liegt, ihren Sitz, einen nach § 71 der Reichsabgabenordnung bestellten Vertreter oder den größten Teil ihres inländischen Vermögens haben, werden darauf hingewiesen, daß sie verpflichtet sind, folgende für die Steuerpflicht wichtige Vorgänge jeweils binnen drei Wochen nach ihrem Eintritt dem unterzeichneten Finanzamt anzuzeigen:

1. ihre Gründung sowie den Eintritt von Tatsachen, die ihre Steuerpflicht oder eine veränderte Steuerpflicht zur Folge haben,
2. den Erwerb der Rechtsfähigkeit, den Übergang aus einer Rechtsform oder Gesellschaftsform in eine andere sowie die Verschmelzung (Fusion) mit einer anderen Gesellschaft,
3. die Verlegung des Ortes der Leitung oder des Sitzes in das Inland sowie die Verlegung beider in das Ausland,
4. die Beschlußfassung über die Auflösung oder den Eintritt der Auflösung aus anderen Gründen,
5. die Beendigung der Vermögensauseinandersetzung (Liquidation) und die Löschung im Handels-, Vereins- oder Genossenschaftsregister.

Die Pflicht zur Anzeige trifft die gesetzlichen Vertreter, Vorstände, Geschäftsführer oder, wo solche bei Personenvereinigungen nicht vorhanden sind, die Mitglieder oder Beteiligten (§§ 84, 86 der Reichsabgabenordnung).

Die Unterlassung der Anzeige ist nach § 27 des Körperschaftssteuergesetzes und § 377 der Reichsabgabenordnung mit einer Ordnungsstrafe von 5 bis 500 M bedroht. Sie kann eine Haftung für den Steueranspruch zur Folge haben (§ 90 der Reichsabgabenordnung).

Körperschaftssteuerpflichtig sind:

1. die Erwerbsgesellschaften (Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Kolonialgesellschaften, bergbautreibende rechtsfähige Vereinigungen und nichtrechtsfähige Bergewerkschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, sonstige Personenvereinigungen mit wirtschaftlichem Geschäftsbetriebe, deren Zweck die Erzielung wirtschaftlicher Vorteile für sich oder ihre Mitglieder ist),
2. die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und die politischen Parteien und Vereine mit eigenem Gewerbebetriebe,
3. sonstige juristische Personen des bürgerlichen Rechtes, insbesondere eingetragene Vereine, rechtsfähige Anstalten und Stiftungen,
4. juristische Personen des öffentlichen Rechtes, insbesondere kirchliche Körperschaften, Anstalten und Stiftungen,
5. nichtrechtsfähige Personenvereinigungen und Zweckvermögen mit Ausnahme der offenen Handelsgesellschaften, der Kommanditgesellschaften und der sonstigen Erwerbsgesellschaften, bei denen die Gesellschafter als Unternehmer (Mitunternehmer) des Betriebs anzusehen sind.

Die Steuerpflichtigen werden ferner darauf hingewiesen, daß sie jeweils nach Ablauf ihres Geschäftsjahrs (Wirtschaftsjahres) eine Steuererklärung abzugeben haben. Wenn ihnen eine besondere Aufforderung hierzu nicht zugeht, ist die Steuererklärung binnen der Frist von drei Monaten nach Ablauf des Tages abzugeben, an dem das Jahresergebnis (der Jahresabschluß) von den zuständigen Organen festgestellt worden ist.

Die Erwerbsgesellschaften (Abs. 4 Nr. 1) haben ohne besondere Aufforderung binnen einem Monat nach Feststellung der Bilanz oder des sonstigen Abschlusses durch die zuständigen Organe

zehn v. H.

des Reingewinns als vorläufige Zahlung auf die Körperschaftssteuer zu entrichten. Nicht rechtzeitige Entrichtung hat einen Zuschlag von zwanzig v. H. der endgültig festgesetzten Steuer zur Folge.

Finanzamt.
Brüe.

7) Der nun erledigte Provinzialausschuß zur Grundlegung der Kartoffelernte (Amtl. Blatt der Landwirtschaftskammer vom 21. 12. 21 Nr. 3918 Umschlag Blatt 6) hat für die Erzeugerpreise für pertierte Kartoffeln in Anlehnung an die gesetzliche Höhe festgesetzt:

für weiße und rote Sorten je Zentner 80—82 M
für gelbfleischige Sorten je Zentner 88—88 M.

Veröffentlicht:
Merseburg, den 27. Dezember 1921.
Der Landrat.
J. V.: Fürten.

Magdeburg, den 23. Dezember 1921.
Der Oberpräsident.
64.: Berlin.

8) An den
Herrn Vorsitzenden des Kreisausschusses
zu Merseburg.

Gem. Hochwohlgeboren benachrichtigen wir nach einem uns am 23. d. Mts. gewordenen Erlasse des Herrn Ministers des Innern vom 23. d. Mts. — IV E 3 — 1 — 1 — 1

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis monatlich 10,00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr, durch die Post bezogen 11,50 Mk. einschl. Bestell- und Bezugsgeld.
Einzelnummer 50 Pfg.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 60 Pfg., im Reklameteil 3,00 Mk., für Ostfrontanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Vorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V., Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlich 2 maligen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg" und „Amtsblatt für den Kreis Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 7 — Montag den 9. Januar 1922 — 48. Jahrg.

Das erste Resultat der Konferenz in Cannes: Die Aufbaukonferenz von Genua!

Die Verhandlungen in Cannes haben mit einer Überraschung begonnen. Nur daß diesmal die Überraschung darin bestand, daß trotz aller pessimistischen Artikel in Paris und London es keine Sensation gab, sondern der Verlauf bisher sozusagen programmatisch sich gestaltete. Lloyd George hat seinen alten Ruf als bewährter Taktiker wieder aufs beste begründet. Er hat eine Rede gehalten, in die nur einige wertvolle Gedanken eingestreut sind. Im übrigen bildete sie die Rekapitulierung aller Leitartikel der Pariser Boulevardspresse. Sie war offensichtlich für das Ohr der französischen Bevölkerung bestimmt. Aus diesem Grunde kann man sich auch eine Auseinandersetzung mit ihren Übertreibungen und Schiefheiten schenken. Für Deutschland liegt ihre Bedeutung darin, daß sie die Begründung einer Resolution war, deren Grundgedanken man auf das wärmste begrüßen muß. Diese Resolution, die die Einberufung einer großen internationalen Wirtschaftskonferenz für den März nach Genua vorsieht, kann nur wünschen und hoffen, daß in den Spezialberatungen die vernünftigen Gedanken dieser Entschließung nicht sabotiert werden. Die Resolution ist einstimmig angenommen worden, und damit ist zweifellos die Konferenz von Cannes bereits vor dem Schicksal bewahrt, rein negativ zu verlaufen.

Lloyd George hat in seiner Rede das aktuelle Problem der Stundung der nächsten Zahlungen gar nicht behandelt, und über das Reparationsproblem hat er in ziemlich allgemeinen Wendungen gesprochen. Er fordert, daß Deutschland bis zum Höchstgrade seiner Leistungsfähigkeit bezahlen müsse. Nachdem er so der französischen Stimmung eine Verbeugung gemacht hat, fährt er fort, daß Deutschland nicht in das Chaos gestürzt werden dürfte, in dem Rußland gegenwärtig liegt. Er rät zur Vorsicht und Mäßigung und deutet so ganz leise seine Stellung zu den aktuellen Fragen an. Aber dann ist er nicht auf die Einzelheiten der nächsten Erforderniste eingegangen, doch ist hat von dem Plane der großen Europakonferenz gesprochen. Nun ist aber klar, daß eine solche Konferenz eine Atempause für Deutschland zur Voraussetzung hat. Wir können nicht im März über unsere spätere Zukunft verhandeln, wenn wir im Januar und Februar Gold zahlen sollen, das wir einfach nicht haben. Aber indem Lloyd George die Zustimmung der versammelten Mitglieder des Obersten Rates zu einem weitreichenden Zukunftsplan forderte, legte er sie gewissermaßen von vornherein dafür fest, nun auch in den nächsten Zahlungen Vorsicht und Mäßigung zu beweisen. Die ganze Weltkonferenz zur Wiederaufrichtung Ost- und Mitteleuropas verlöre ihren Sinn, wenn man vor ihrem Beginn zu Exekutionen und Sanktionen schritte, die das von Lloyd George befürchtete Chaos früher als erwartet hereinbrechen lassen müßten. Wenn man über die Zahlungsverpflichtungen Deutschlands für das Jahr 1922 beraten wird, dürfte allerdings Herr Briand noch einmal den Versuch unternehmen, an Geld und Garantien herauszuschlagen, was immer möglich ist. Es wäre falsch von Deutschland, anzunehmen, daß England in der Frage der Garantien weniger rücksichtslos sein wird als Frankreich, aber auch diese Garantien vermögen nicht die harten Wirtschaftsgesetze umzustoßen, die jetzt ihre Wirkung zeigen. Auch die schärfste Garantie bringt den Ententeländern nicht höhere Summen, wenn man nicht Vernunft beweist. In dieser Beziehung kann Deutschland sich darauf berufen, daß es bereits vorbeugend alles getan hat, um seine inneren Finanzen zu ordnen. Ob die Wege, die eingeschlagen wurden und die sich ziemlich eng an die Wünsche der Entente hielten, richtig gewesen sind, darf vielleicht noch bezweifelt werden und die deutsche Regierung wird gut daran tun, die innere Ordnung auch noch auf anderen Wegen als dem Wege der Tariferhöhungen zu suchen.

Die für die Konferenz von Genua vereinbarten Grundbedingungen richten sich zum großen Teile gegen Rußland, aber deutlich spürt man auch die Stellen heraus, die auf Deutschland gemünzt sind. Es gibt jedoch in der ganzen Entschließung keinen Satz, den Deutschland nicht unterschreiben könnte. Die Voraussetzung ist freilich, daß sich auch die Ententeländer an diese Grundsätze binden. Gerade wenn aus der Konferenz von Genua der weltwirtschaftliche Neuaufbau hervorgehen soll, wird es nötig sein, daß man mit der Klassifizierung der Völker bricht. Alle Teilnehmer müssen als gleichberechtigte Verhandlungsfaktoren behandelt werden, und ebenso wird es erforderlich sein, daß nicht die eine Seite versucht, die andere zum Ausbeutungsobjekt zu erniedrigen. Nach der Resolution soll jedes Land in der Regelung seiner Wirtschaft im Innern völlig frei sein. Man will nicht ein bestimmtes System zur Vorschrift machen. Hierbei handelt es sich offensichtlich um eine Konzession an Rußland. Aber Rußland soll das Privateigentum der auswärtigen Kapitalisten völlig sicherstellen. Es soll Rechtsgarantien für die unparteiische Ausführung aller Handels- und Staatsverträge leisten, und ebenso wird von ihm verlangt, daß es alle Schulden der früheren Regierungen anerkennt sowie die Eigentümer, die durch die Bolschewisierung geschädigt wurden, entschädigt — sofern diese Ausländer waren. Nun ist der Frieden von Brest-Litowsk durch den Vertrag von Versailles annulliert worden, so daß auch die in Rußland geschädigten Deutschen Anspruch auf Entschädigungszahlungen erhielten. Es läßt sich nicht leugnen, daß Rußland mit der Übernahme dieser Verpflichtungen, besonders durch Anerkennung der alten Zarenschulden, eine außerordentlich drückende Last sich aufbürden würde. Sie ist in ihrem Umfang freilich nicht im entferntesten mit den Belastungen Deutschlands zu vergleichen. Aber diese Momente bedeuten immerhin für die Verwirklichung des großen Planes noch allerlei Schwierigkeiten. Im Interesse der Menschheit muß freilich gehofft werden, daß sie alle nicht unüberwindlich sind.

Die deutschen Delegierten werden am Mittwoch nach Cannes reisen.

Berlin, 9. Jan. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) An den zuständigen Stellen in Berlin rechnet man damit, daß die deutschen Delegierten am Mittwoch nach Cannes reisen werden. Die Einladung der Sachverständigen ist für die Regierung nicht überraschend gekommen. Rathenau hatte den Reichskanzler schon auf diese Möglichkeit hingewiesen, da ihm in Paris von englischer Seite nahegelegt worden war, sich für eine Reise nach Cannes bereit zu machen.

Einladung Lenins nach Genua.

Rom, 9. Jan. (Pr.-Telegr.) Die Agenzia Stefani meldet, infolge des Beschlusses des Obersten Rates in Cannes habe die italienische Regierung durch Vermittlung der russischen Wirtschaftsdelegation Lenin eingeladen, an der Konferenz, die in Genua stattfinden wird, teilzunehmen.

Amerika will auch nach Genua kommen.

Washington, 9. Jan. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Wie in hohen amtlichen Kreisen verlautet, sind die Vereinigten Staaten geneigt, die Einladung zur Teilnahme an der Konferenz in Genua im März in günstigem Sinne in Erwägung zu ziehen.

Frankreich wollte ein Defensivbündnis mit Einschluß Polens.

Paris, 9. Jan. (WTB.) Wie der Sonderberichterstatter des Echo de Paris meldet, haben Briand und seine Mitarbeiter in ihrer gestrigen Sitzung ein Defensivbündnis vorgeschlagen, daß sich auf Ostpreußen mit Einschluß Polens ausdehnen sollte. Lloyd George habe diesen Vorschlag für die Dominions als unannehmbar erklärt. Mit einigen Abänderungen sei man dann auf den Schutzvertrag vom 28. Juli 1919 zurückgekommen.

Eigenartige französische Truppenverschiebungen.

Basel, 9. Jan. (WTB.) In Straßburg sind gestern zwei französische Regimenter auf dem Wege nach dem besetzten Gebiet durchgekommen. Die Truppen waren feldmarschmäßig ausgerüstet und führten Artillerie mit sich.

England gegen die Verschleuderung der deutschen Reparationskohlen.

Paris, 9. Jan. (WTB.) Über die Frage des deutschen Kohlenpreises, wie er durch das Abkommen von Spa geregelt wurde, soll sich in Cannes eine eingehende Erörterung entspinnen. Die Engländer haben festgestellt, daß die Lieferung deutscher Kohle an Belgien, Frankreich und Italien zu den Inlandspreisen dieser Länder einen großen Schaden für die englischen Kohlenlieferungen bedeutet, denn die genannten drei Länder bekommen mehr Kohlen, als sie selbst verbrauchen können und verkaufen die Überschüsse der deutschen Kohlenlieferungen sofort weiter und zwar zu Preisen, gegenüber denen England nicht mehr konkurrenzfähig ist. Daraus erklärt sich, daß Englands Kohlenverkäufe gegenüber 1913 um rund 20 Millionen Tonnen zurückgegangen sind. Daher rührt auch die große Arbeitslosigkeit in den wichtigsten englischen Kohlengebieten. Mit diesem Zustande soll nunmehr in Cannes gebrochen werden. Es versteht sich von selbst, daß die französische Presse bereits jetzt, bevor noch eine Debatte über diese Frage eingeleitet worden ist, gegen diesen Plan Widerspruch erhebt.

Der neue französische Botschaftssekretär für Berlin.

Paris, 9. Jan. (WTB.) Haas meldet amtlich: Durch Erlaß vom 29. Dezember ist der Botschaftssekretär Dignen be St. Quentin mit den Funktionen eines Botschaftsrates in Berlin betraut worden.

Ein Bauernkönig in Ungarn.

Budapest, 9. Jan. Bei dem Bankett der Bauernpartei erinnerte der Präsident der Nationalversammlung Gaston Gall, an die Wahl Mathias zum König von Ungarn, die durch eine aus Bauern rekrutierte Armee erzwungen wurde. Die Bauernpartei sei willens, eine große Armee aufzustellen, um die Politik des Ministerpräsidenten durchzusetzen. Die Ausführungen der anderen Redner bewegten sich auf der gleichen Linie. Im Verlauf des Bankettes wurde auch der Gouverneur Horthy von den Bauern wiederholt lebhaft applaudiert.

In politischen Kreisen glaubt man, daß die Bauern gegebenenfalls entschlossen sind, um die Legitimistenpolitik ein für allemal zu erledigen, mit Gewalt ihren Kandidaten auf den Thron zu erheben. Ob Erzherzog Albrecht, der vom Grafen Bethlen unterstützt wird, der Bauernkönig wird, steht noch dahin. Im Lager der Bauern ist die Abneigung gegen jeden Habsburger sehr groß so daß die Bauern würden am liebsten Horthy zum König ausrufen.

In der Sonnabend-Nachmittagssitzung nahm der Ausschuß der Konferenz folgende Entschließung an:

Die auf der Konferenz vertretenen Mächte sind einstimmig der Ansicht, daß eine Wirtschafts- und Finanzkonferenz Anfang März einberufen werden soll, zu der alle europäischen Mächte eingeladen werden sollen. Sie sind der Ansicht, daß eine derartige Konferenz einen wirklichen und wesentlichen Fortschritt auf dem Wege zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas bildet. Sie sind ferner der Ansicht, daß die Premierminister der Nationen womöglich in Person dieser Konferenz beiwohnen sollen, damit den Empfehlungen durch letztere so schnell wie möglich die Tat folgen kann. Die alliierten Mächte sind der Meinung, daß die

Wiederaufnahme des internationalen Handels in ganz Europa,

sowie die Entwicklung der Hilfsquellen aller Mächte notwendig sei, um die Menge der im Wirtschaftsleben Tätigen zu vergrößern und die Leiden, denen die Bevölkerung Europas ausgesetzt ist, zu vermindern. Eine gemeinsame Anstrengung der Kraft ist notwendig, um den europäischen Wirtschaftsideen die jetzt gelähmte Lebenskraft wiederzugeben. Diese Anstrengungen müssen die Beseitigung aller Hindernisse zum Gegenstand haben, die den Handel hemmen; sie müssen auch auf die Bewilligung von ausgedehnten Krediten an die schwächsten Länder ausgedehnt werden, ebenso auf die Zusammenarbeit aller zur Wiederherstellung des normalen Produktionslebens. Die alliierten Mächte sind der Ansicht, daß die unentbehrlichen

Grundbedingungen

in ihren großen Linien folgende sind:

1. Die Nationen dürfen nicht das Recht in Anspruch nehmen, sich gegenseitig [illegible] Besitze [illegible] Lande[illegible] das es [illegible]
2. [illegible] werden [illegible] Eigent[illegible] Rechts[illegible] nehmu[illegible]
3. Die N[illegible] Kredit[illegible] nimmt [illegible]
   a) al[illegible]
   b) ei[illegible]
4. [illegible]

Allgem[illegible] dingun[illegible]

5. [illegible] Abstim[illegible] andere[illegible]
6. [illegible] von F[illegible] Russla[illegible] gierun[illegible] diese [illegible] vorgen[illegible]

[illegible] des Obersten Rates weiter am Sonnabend beschlossen, Deutschland für einen Teil der fälligen Zahlungen einen Aufschub zu gewähren, für den die Bedingungen noch festgesetzt werden sollen.

der in London vorgeschlagenen 500 Millionen Goldmark mindestens 800 Millionen im Jahre 1922 bezahlen. Die Sachverständigen beraten nach diesem Korrespondenten über drei Fragen:

1. **Sollen die Verbündeten einen Abzug von der ganzen Schuldsumme machen?**
2. **Soll Deutschland einen Zahlungsaufschub erhalten, und wenn die Frage bejaht wird (was inzwischen geschehen ist. D. Red.), unter welchen Bedingungen?**
3. **Wie sollen die Barzahlungen und die Sachlieferungen verteilt werden?**

Bei der Beratung dieser Punkte, die Dienstag oder Mittwoch erfolgen soll, steht der Korrespondent eine kritische Phase der Konferenz voraus. Amerika soll den Wunsch haben, sich von der Beratung über die Wiedergutmachungsfrage fern zu halten, was auch daraus hervorgeht, daß der amerikanische Delegierte bei der Reparationskommission, Boyden, nicht in Cannes weilt. Hingegen wird angenommen, daß Amerika großen Wert darauf legt, an der europäischen Konferenz in Genua teilzunehmen.

Die Einladung an Deutschland zur Entsendung von Vertretern

Berlin, 9. Jan. (WTB.) Gestern vormittag 11 Uhr wurde dem Reichskanzler als Minister des Auswärtigen durch die französische Botschaft folgendes Telegramm zur Kenntnis gebracht, das der Präsident des Obersten Rates an die französische Botschaft in Berlin zur Übermittelung an die deutsche Reichsregierung übersandt hat:

Der Oberste Rat wird ohne Zweifel das Bedürfnis haben, Ihre Vertreter in der nächsten Woche vom 8. bis 15. Januar zu hören. Um Zeit zu gewinnen, regen wir an, daß Ihre Vertreter sich nach Paris begeben und sich dort bereithalten, um unserem Rufe zu folgen. gez. Briand.

In einer längeren Besprechung, die sofort in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Reichskanzlers stattfand und bei der die Vertreter der beteiligten Ressorts und Dr. Rathenau anwesend waren, wurde der Stand der Reparationsverhandlungen erörtert. Montag nachmittag fand eine

Sitzung des Reichskabinetts

unter dem Vorsitz des Reichskanzlers statt, die sich mit der Reparationsfrage und insbesondere mit der Einladung des Obersten Rates beschäftigte. Es wurde beschlossen, der Einladung Folge zu leisten und eine Delegation zu entsenden, die unter der politischen Führung des Wiederaufbauministers a. D. Dr. Rathenau stehen wird. Zu der Delegation gehören Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium, Staatssekretär Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium, Staatssekretär a. D. Bergmann, Vorsitzender der Kriegslastenkommission, Staatssekretär Fischer, Ministerialdirektor Trendelenburg und Legationsrat Martius. Die Delegation wird bereits heute abreisen und sich zunächst nach Paris begeben, wo sie zur Verfügung des Obersten Rates stehen wird.

Die Fragen der Konferenz, nach der deutschen Finanzlage.

Berlin, 9. Jan. Die Abreise der am Sonntag nachmittag vom Reichskabinett ernannten deutschen Delegation soll Montag nachmittag 2 Uhr erfolgen. Die Vertreter sind mit allen nötigen Vollmachten ausgerüstet, um auf jede an sie gestellte Frage Auskunft geben zu können. Es wird angenommen, daß die Delegierten über die Bedingungen der deutschen Finanzgebahrung Auskunft erhalten werden. Die Fragen werden betreffen, Ein- und Ausfuhr, Wirtschafts-, Steuer- und Finanzfragen. Unter diesen Gesichtspunkten hat die Auswahl der Delegierten stattgefunden.

Die Klarlegung der einzelnen Budgets.

London, 9. Jan. Zu der Chefbesprechung beim Reichskanzler am Sonntag mittag wird gemeldet, daß Dr. Rathenau nochmals in großen Zügen über den Gang seiner bisherigen Pariser Besprechungen berichtete. Die Ressortvertreter gaben dann noch eingehenden Bericht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220109-14/fragment/page=0007